



# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr.  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaltene Kolonnhälfte:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Als vor vier Jahren auf dem Verbandstage zu Breslau der Kollege Haas den Antrag begründete, den nächsten Verbandstag in Köln abzuhalten, hat ihm mancher Teilnehmer möglicherweise in der Erwartung zugestimmt, daß ein Verbandstag in Köln jedenfalls eine sehr lustige Sache werden würde. Das soll für einen Gewerkschafter zwar nicht die Hauptsache sein, indessen sind solche Erwägungen zu menschlich, als daß man sich darüber enträsten dürfte. Dann kam der Krieg und machte, wie durch so vieles andere, auch durch diese Erwartung einen dicken Strich. Zunächst wurde der folgende Verbandstag nicht nach Köln, sondern nach Berlin einberufen, dort aber beschloffen, alle anderen Einladungen abzulehnen und über zwei Jahre nach Köln zu gehen. Sicher hat damals jeder gedacht, daß wir uns in diesem Jahre auf jeden Fall wieder des Friedens erfreuen würden. Vergebliche Hoffnung! Noch immer tobt der Krieg und auch der lebenslustige Kölner leidet ebenso darunter wie alle übrigen Deutschen. Zwar haben unsere Kölner Kollegen, und besonders das Lokalkomitee, sich mit Eifer und Erfolg bemüht, den Verbandstagsteilnehmern den Aufenthalt so angenehm zu machen wie möglich und es sei ihnen dafür auch an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Sie haben getan, was menschenmöglich war. Die Verhandlungen zu würdigen, behalten wir uns noch vor. Zunächst bringen wir einen Bericht, den wir wegen des Papiermangels jedoch kürzer halten müssen, als uns lieb ist, und auf zwei Nummern verteilen müssen.

#### Erster Verhandlungstag.

Köln, den 27. Juni 1917.

Die Zahl der Delegierten, die sich zu dem am Mittwoch, dem 27. Juni, im Hotel Frankfurter Hof beginnenden 13. ordentlichen Generalversammlung eingefunden haben, beträgt, abgesehen von den Vertretern des Vorstandes, des Ausschusses, der Schriftleitung und den Delegierten 118. Als Gäste sind unter anderem vom Verband der Kupferindustrie Deutschlands H. Secht (Berlin), vom Zentralverband der Maschinen- und Feinmechaniker G. Schell (Berlin), vom Österreichischen Metallarbeiter-Verband J. Schörl (Wien), vom Metallarbeiter-Verband Ungarns J. Szabó (Budapest), vom Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband Arthur Schneberger (Bern), vom Schweizerischen Metallarbeiter-Verband Johann Olov Johansson (Stockholm), vom Dänischen Metallarbeiterverband S. A. Hansen und A. Johansen (Kopenhagen).

Nach 9 Uhr hieß der Bevollmächtigte der Kölner Ortsverwaltung, Kollege Haas, die Delegierten mit herzlichen Worten, in denen er auf die Bedeutung Kölns für die Arbeiterbewegung hinwies, willkommen. Redner zählte die bisher in Köln und im Rheinland erzielten Erfolge auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet auf, machte auf die Schwierigkeiten des Kampfes aufmerksam und rief die dringende Notwendigkeit an die Generalversammlung, die augenblicklichen Verhältnisse innerhalb der Partei mit der größten Zurückhaltung zu betrachten, möglichst leidenschaftslos zu diskutieren und immer eingedenk zu sein, daß die Gewerkschaften im ureigensten Interesse handeln, wenn sie die direkten politischen Fragen auch auf politischem Boden austragen. Die Einigkeit unserer Gewerkschaften muß uns über alles stehen, nicht zerrützelnd, sondern aufbauend zusammenwirken wollen wir, damit wir den Kampf mit dem auch den Krieg gestärkten Kapitalismus aufnehmen können. (Beif. Beifall).

Verbandspräsident Schilde erinnerte in seiner einleitenden Rede an den furchtbaren Druck des Krieges, der auf allen beteiligten Völkern lastet und an die furchtbaren Sorgen jedes einzelnen an die Zukunft. Wenn wir heute auch vielleicht schon das Kaufmännische der Fingel der Friedensstube wahrnehmen, so wissen wir doch immer noch nicht, ob sie auch wirklich bald einen Ruhepunkt finden wird, um den Friedenszeit niederlegen zu können. Das Handeln der deutschen Arbeiter war stets auf einen schnelleren Abschluß des Krieges gerichtet. Um so mehr müssen wir es beklagen, daß bis jetzt unsere Bemühungen so wenig Anklang in anderen Ländern gefunden haben, wo dieselben Sorgen, dieselben Wunden der Arbeiterschaft geschlagen sind wie bei uns. Dieser unerträgliche Druck, der auf dem Volke lastet, infolge der Ernährungsnotlage, sowie auch infolge der Beschränkung des Einzelnen hat eine Stimmung erzeugt, die gar zu leicht dazu führt, die Handlungen nicht mehr mit kühlem Kopf zu beurteilen, sondern lediglich aus dem Gefühl heraus. Um so mehr ist es Pflicht der Generalversammlung, sich für die Zukunft, die geeignet sind, zu verhindern, daß unser Herz mit dem Verstande durchgeht. Der Vorstand war sich bewußt, was gewaltige Opfer eine Tagung während des Krieges den Teilnehmern auferlegt. Aber nachdem die Generalversammlung keine Änderungen, auch keine vorübergehenden Veränderungen unserer Verfassung getroffen hat, hielt er sich nicht für berechtigt, die ihm vor zwei Jahren gegebenen Vollmachten und Mandate länger in Anspruch zu nehmen als die Sitzungen vorschreiben. Vor allem aber ist es notwendig, durch ihre berufenen Vertreter mit der gesamten Mitgliedschaft in Verbindung zu bleiben.

So lebhaft wir es auch beklagen, daß es nicht möglich gewesen ist, durch die Tätigkeit der Arbeiter in allen Ländern in der Vorbereitung der Völker vorwärts zu kommen, so können wir doch mit Genugtuung feststellen, daß gerade in unserem Verbande die internationalen Beziehungen am wenigsten gelockert sind. Durch die fruchtbare Mitarbeit unserer Kollegen in den neutralen Ländern ist es möglich gewesen, auch mit dem feindlichen Ausland in Verbindung zu bleiben, und wenn wir die Forderungen des internationalen Gewerkschaftsbundes betrachten, so können wir wohl ohne Ueberhebung sagen, daß gerade die eingehende Beschäftigung mit Arbeiterfragen und die eingehende Propaganda dieser Forderung zum Frieden beitragen wird. Weiter sehen wir die politisch organisierte Arbeiterschaft gespalten, nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern. Meinungsverschiedenheiten müssen bei uns bestehen, aber zu einer Spaltung darf der Krieg nicht führen, weil wir im Krieg und besonders nachher der gewerkschaftlichen Organisationen nicht entraten können. (Sehr richtig!) Angesichts der uns bevorstehenden schweren Kämpfe müssen wir alles tun, um die Geschlossenheit und Einigkeit unserer Mitgliedschaft zu erhalten und durchzuführen in der Zusammengehörigkeit, in dem Zusammenhalten der Kräfte bis zum Ende des Krieges und weit über den Krieg hinaus. (Bravo.) Redner gebietet jedermann, die nicht auf der Generalversammlung weilen

können, weil sie zu den Fahnen einberufen sind, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß sie nach ihrer Rückkehr vom Geze den Verband ungeschmälert und mit unverminderten Kräften wiederfinden mögen. Die Generalversammlung hat wichtige und ernste Fragen zu lösen. Fleißige Mitarbeit wird von allen Delegierten erwartet. Mit demselben Ernst, wie wir uns hier verpflichten wollen, die wichtigsten Fragen zu behandeln, wollen wir uns auch geloben, von dieser Stelle wieder hinauszugehen, um die Organisation der Metallarbeiter zu betreiben und um die Bewegung im Interesse der Arbeiter zu gestalten. In diesem Sinne erklärte Schilde die ordentliche Generalversammlung für eröffnet.

Es kamen nun der Reihe nach die anwesenden Gäste zu Worte; in erster Linie Hansen (Kopenhagen), der schon vielen Generalversammlungen beigewohnt hat und mit bekanntem Humor erklärte, der Deutsche Metallarbeiter-Verband werde wohl kaum imstande sein, ohne ihn eine Generalversammlung abzuhalten. Redner schilderte die Erfolge seiner Organisation und verließ der Ueberzeugung Ausdruck, die deutsche Arbeiterschaft werde sich nach wie vor dem Kriege gesund und lebensfähig zeigen. Deutschland werde in Zukunft die Stätte des Zentrums der starken Arbeiterbewegung sein. Namens des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes sprach Arthur Schneberger, der warme Worte für die Solidarität der internationalen Gewerkschaften und der internationalen Arbeiterschaft überhaupt sprach, namens des Österreichischen Metallarbeiter-Verbandes Schörl (Wien), der den Deutschen Metallarbeiter-Verband als Vorbild für die übrigen Gewerkschaften hinstellte, namens des Ungarischen Metallarbeiter-Verbandes Szabó (Budapest), der die Erfolge in Ungarn schilderte und gebot, daß die ungarischen Kollegen danach trachten werden, auch in Zukunft ein festes Glied im Bunde der Internationale, vor allem der internationalen Metallarbeiterschaft zu bleiben. Es sprachen weiter der Vertreter des Verbandes der Kupferindustrie, Secht, und der Vertreter des Verbandes der Maschinen- und Feinmechaniker, Schell. Aus den Ausführungen beider Redner ging hervor, daß sie dem Gedanken einer Versammlung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberstehen.

Nach Gültigkeitserklärung sämtlicher Mandate konstituierte sich die Versammlung. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Schilde, Secht (Berlin) und Haas (Köln).

Die vom Verbandspräsident vorgeschlagene Tagesordnung wurde ungesperrt genehmigt, dagegen kam es bei der Beratung der Geschäftsordnung anläßlich eines Antrages Dittmann (Hamburg) zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Dieser Antrag verlangte die getrennte Behandlung des Vorstandsberichtes in der Weise, daß die allgemeinen Anträge und Resolutionen zur Geltung der Verbandsinhalte zu der durch den Krieg aufgeworfenen Fragen besonders erörtert werden und daß dazu ein Korreferent mit unbeschränkter Redezeit bestellt werden solle. Nachdem Dittmann den Antrag mit dem Hinweis darauf begründet hatte, daß nur durch eine gründliche Aussprache der Vorden geschaffen werden kann, auf dem wir wenigstens neben einander ersprießlich arbeiten können, warnte Sebering (Hiesfeld) davor, irgend etwas zu tun, was die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu einem offenen Konflikt verschärfen könnte. Würde die Generalversammlung einen Korreferenten bestellen, so würde sie damit erklären, daß zwei Gruppen vorhanden sind, und dazu liege kein Anlaß vor. Sollten dagegen die Freunde von Dittmann, die schon eine besondere Gruppe gebildet haben, durch einen Vertreter ihre Ansicht zum Ausdruck bringen, so möge man diesem Wunsch willfahren. Dadurch vermeide man die offizielle Anerkennung verschiedener Gruppen innerhalb der Organisation und befreie sich andererseits von dem Odium, eine Gruppe nicht zu Wort kommen zu lassen, die vielleicht als Anführer gegen den Vorstand oder eine andere Körperschaft des Verbandes auftreten will.

In Laufe der Erörterung, die auch noch einen Teil der Nachmittagsstunde ausfüllte, sprachen sich unter anderem Schörl (Leipzig) und Dittmann (Frankfurt a. M.) für den Antrag Dittmann aus, während Schilde ihn als einen Ueberfall bezeichnete. Der Vorstand habe die Generalversammlung früh genug einberufen und auch die provisorische Tagesordnung veröffentlicht, aber keine Mitgliedschaft habe sich gerührt und erklärt, wir wollen einen besonderen Punkt „Unsere Weltanschauung“ zur Diskussion gestellt haben. (Heiterkeit.) Der Antrag sei im unmittelbaren Anschluß an die Beschlüsse auf derselben Stelle geboren, wo die Organisation der Unabhängigen gegründet sei. Auch Frölich (Münster) warnte die Beschlüsse gegen den Antrag, der eine Ueberumpelung der Generalversammlung bedeute. In einer persönlichen Bemerkung verwahrte sich Dittmann gegen den Vorwurf der Ueberumpelung, ihm schloß sich Dittmann an. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Vorschlages auf getrennte Behandlung des Vorstandsberichtes mit 64 gegen 52 Stimmen. Dagegen wurde mit 58 gegen 55 Stimmen beschlossen, für den gesamten Vorstandsbericht einen Korreferenten zu bestellen. (Als solcher ist von der Minderheit der Delegierte Dittmann (Frankfurt a. M.) ausgerufen.) Der Vorschlag, auch für die Begründung der Berliner Resolution einem Redner unbeschränkte Redezeit zu geben, wurde abgelehnt.

Hierauf erstarrte Schilde den Bericht des Vorstandes. Die Vorkommnisse der jüngsten Zeit haben die augenblickliche Situation grell beleuchtet. Tatsächlich ist in einigen unserer Ortsverwaltungen alles andere eher als ein harmonisches Zusammenwirken zu erkennen. Es hat nicht nur eine große Mißstimmung, sondern ein gegenseitiges Mißtrauen Platz gegriffen, das zur Erschöpfung der Arbeit geführt hat. Diese Vorgänge traten grell in Erscheinung durch eine der letzten Arbeitsniederlegungen. Der 16. April ist nicht gerade ein Ruhmesblatt für unseren Verband, denn an diesem Tage hat es sich gezeigt, daß man an der Arbeit ist, dem Verband eine andere Marschroute zu geben. Wir haben immer den Streit als Kampfmittel angewendet, wenn jeder Weg der Verständigung fehlschlug, aber wir haben genaue Bestimmungen in unserer Satzungen, wenn dies Mittel anzunehmen ist. Die Streiks am 16. April und an den folgenden Tagen haben uns gelehrt, daß man in Krisen unserer Mitgliedschaft der Meinung ist, man solle Streiks zu rein politischen Zwecken, zu Zwecken der Demonstration, führen. Das wäre zu verstehen, wenn es sich um Streiks handelte, die spontan aus einem Rißpunkt heraus entstanden wären. In Wirklichkeit aber ist planmäßig darauf eingearbeitet worden, die Risse den Jahren zu entfremden und Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsleitungen in die Kreise der Genossen zu tragen, um nachher diese Kreise politischen Zwecken dienlich zu machen. Diese Bewegung ist auf demselben Boden gewachsen wie die Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. In Wort und Schrift wurde systematisch der Klassenstreit propagiert und bei der Zusammenkunft der Spartakus-Opposition im Jahre 1916 wurde den Delegierten ein Zusammenarbeiten mit der

anderen Opposition nur unter der Bedingung empfohlen, daß sie für Massenaktionen einträte und daß die Gewerkschaften diesen Massenaktionen zugänglich gemacht werden. Das war der erste Schritt. Mehrfach auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie in Gotha, wo unter anderem Ledebour erklärt hat, man müsse darauf hinarbeiten, daß bei Aktionen der Massen die politische Organisation mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Schulter an Schulter gehen, ohne die Gewerkschaftsführer und über die Gewerkschaftsführer hinweg, man möge der Gewerkschaftsbewegung wieder den revolutionären Charakter geben. Nicht lange nach der Konferenz in Gotha merkten wir in unserem Verbande die Folgen der dortigen Auseinandersetzungen, man versuchte sofort Massenaktionen einzuleiten und trat in weiten Kreisen unserer Mitgliedschaften direkt den Zankapfel aus dem politischen Lager hinüber in die Gewerkschaften. Bestätigt wurden die Bestrebungen des Vorstandes durch den Ausbruch des Berliner Streiks, der zunächst eine Demonstration gegen die Lebensmittelversorgung war, dessen Begleiterscheinungen man aber nicht ruhig hinnehmen konnte. Eine gewisse Gruppe suchte den Streik lediglich zur Lösung politischer Fragen fortzusetzen. Es sei nur erinnert an die bekannte Leipziger Resolution, die in Versammlungen der Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik angenommen wurde, und die besaß, daß versucht wird, die Gewerkschaften von ihren bisherigen Aufgaben abzuwickeln und ihnen neue Wege zu weisen. Auch der Umstand, daß man zur Vertretung der Forderungen ausgesprochener Mitglieder der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie heranzog, zeigt, daß diese Bewegung nichts mit den gewerkschaftlichen Aufgaben zu tun hat, sondern daß sie rein politischen Zwecken dienen soll. Es ergab sich ein Regen von Flugblättern über die Berliner Arbeiter, es wurde ihnen unter Hinweis auf die russische Revolution eine Wachstumsentwicklung vorgespiegelt, die sie gar nicht auszuüben imstande sind, und die Folge davon war die Militarisierung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, die tatsächlich bewirkt hat, daß so gut wie alle Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Genau so nutzlos wie die Arbeiter vor dem Erlaß des Oberkommandierenden in den Marken zurückgewiesen sind, sind die politischen Leiter zurückgewiesen. (Sehr richtig!) Von Stunde an hat man keinen mehr gesehen, glücklicherweise auch nicht mehr gehört. (Beif. Zustimmung.) Zuruf: Das ist die Methode! Aber das Bild ist noch nicht vollständig. Während der Bewegung selbst versuchte man über die Führung der Gewerkschaften hinweg die Bewegung weiterzuführen, und um auch die gleichgültigen Arbeiter aufzuwecken, bereitete man Flugblätter, die den Betreffenden den schweren Vorwurf des Arbeiterbetrugs machten. (Gort, hört!) Redner verliest eine Reihe solcher Flugblätter. Diese Flugblätter werden ohne Unterschrift und ohne Angabe des Druckers in die Massen gestreut, man braucht da nicht für seine Laten einzusehen, aber man erzielt die gewünschte Wirkung. Es ist das genau dieselbe Taktik, die unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes von der damaligen Unabhängigen befolgt wurde, die dem Grundlag folgten: Versammelt nur kühn, immer bleibt etwas hängen! Diese Flugblätter sind nicht etwa zufällig entstanden, sie sind nicht Ergebnisse einer kleinen Gruppe, sondern es herrscht System darin. Momentan richtet sich der Kampf in Berlin gegen die beiden Bevollmächtigten der Ortsverwaltung, die man als Vertreter bezeichnet (Hört, hört!) und vor denen man verlangt, daß sie sich auch wegen ihrer politischen Stellung rechtfertigen sollen.

In Leipzig stehen die Arbeiter schon längst auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften einen politischen Einschlag haben sollen. Es konnte deshalb nicht überraschen, daß sie diesem politischen Einschlag in irgend einer Form Ausdruck geben müßten. Man verlangt, daß die leitenden Personen nur ausführende Organe sind, während einzig und allein die Mitglieder zu bestimmen haben. Man hat die leitenden Personen von der ganzen Bewegung überhaupt nicht unterrichtet, so daß sie am Morgen des 16. April durch den Tritt der feindlichen Arbeiterbataillone überrascht wurden. (Hört, hört!)

Eine Reihe von Flugblättern sind so gehalten, daß man zweifellos muß, ob die Verfasser wirklich die ehrliche Absicht haben, die Arbeiter vorwärts zu führen oder ob sie politische Spielzeuge sind. Es wird hier ein freventliches Spiel getrieben, die Welt wird direkt auf den Kopf gestellt. Der Abgeordnete Herzfeld hat offen ausgesprochen, daß der Kampf sich nicht nur gegen die Unternehmer, sondern direkt gegen die Gewerkschaftsführer zu richten hat, und wenn wir uns die Anträge zur Generalversammlung ansehen, so ergibt sich ja aus einer Reihe derselben der Zusammenhang der Dinge. Redner schildert weiter die Vorgänge in Braunschweig sowie in Stettin, wo die Militärbeförden jetzt die Militarisierung der Betriebe in Aussicht gestellt und tatsächlich drei Werkstätten unter Militäraufsicht gestellt haben. Der Zwang, der jetzt dort geübt wird, richtet sich lediglich gegen die Arbeiter, damit Bewegungsfreiheit dadurch gehemmt wird.

In Wirklichkeit handelt es sich nicht um neue Gegenstände, sondern um alte Kamellen, die so alt sind, wie die Gewerkschaftsbewegung überhaupt, und die daraus resultieren, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland geschaffen wurde durch politische Parteien. Durch die praktische Befähigung entstanden politische Bestrebungen, die sich nicht mehr vollständig mit den Theorien der Parteien decken. Das ist der Kernpunkt. Besteht wirklich die Gefahr, daß die Gewerkschaften, wie man in Gotha behauptet hat, durch ihre Tagesarbeit verschumpfen könnten, daß sie vom sozialistischen Wege abgedrängt werden könnten? Ich bestreite das, ich kann mir keine Gewerkschaft vorstellen, die es mit ihrer Aufgabe ernst nimmt und die nicht die großen Tendenzen verfolgt wie die sozialistische Partei. Jede Einschränkung der Arbeitszeit, jede Einschränkung des Einflusses des Unternehmers liegt im Sinne der sozialistischen Weltanschauung. Dadurch, daß wir durch Anwendung unserer Kampfmittel oder durch Vereinbarungen Verbesserungen für die Arbeiter erzielen, drängen wir den Einfluß der Unternehmer zurück, bröckeln wir Stück für Stück von dem Unternehmerrückbau ab und dadurch kommen wir ganz von selbst, gedrängt von den Verhältnissen, zu dem gleichen Ziel, wie die politische Partei. Gerade mit Rücksicht auf die Arbeiterinanspruchnahme und auf die Koalitionsfreiheit haben die Gewerkschaften die Pflicht, sich eingehend mit Politik zu beschäftigen und ihre politische Vertretung in ihrem Sinne zu beschließen. Das ist es, was manchen von unseren Parteimitgliedern nicht gefällt, was sie veranlaßt dagegen Sturm zu heben. Aber keine politische Partei kann eine ersprießliche Tätigkeit entfalten, wenn sie sich nicht mit den großen wirtschaftlichen Organisationen. Die Parteien müssen deshalb damit rechnen, daß die wirtschaftlichen Gebilde ihre Politik nach ihren Bedürfnissen zu beeinflussen suchen, und das ist das ganze Verbrechen der Generalkommission und der Gewerkschaften überhaupt, daß sie das versucht haben und daß ihnen das durch die Kammerber Verhandlung gelungen ist. Ebenso wie im Krieg

lernt auch im gewerkschaftlichen Kampf der eine vom anderen. Je mehr das Unternehmertum von unfernen Kampfmethoden lernt, desto schwieriger wird für uns der Kampf und deshalb kann es gar nicht ausschließen, daß wir unter Berücksichtigung all dieser Verhältnisse in verschiedenen Punkten wesentlich anderer Auffassung sein müssen als es die nach Theorien arbeitende sozialistische Bewegung ist. Die Praxis ist der Fels, an dem unbrauchbare Theorien zerfallen, wo sich die Kräfte bei der Durchführung abspitzen. Die Gewerkschaften dürfen den praktischen Boden nicht verlassen, wenn sie nicht die Grundlagen ihrer Existenz aufgeben wollen, sie müssen praktische Politik treiben innerhalb der Gewerkschaften. Eine solche Tätigkeit wird die Arbeiterkraft aller Länder annehmen, die Fortsetzung dieser Tätigkeit wird, wenn einst der Friede herbeigeführt sein wird, auch die einzige Gewähr für die Dauer des Friedens bieten.

Im Interesse der Geschlossenheit des Verbandes muß die Generalversammlung erklären, daß sie die bisherige Gewerkschaftspolitik nach wie vor für die richtige hält, und daß sie nicht einverstanden ist mit der Art der Agitation, wie sie in Wort und Schrift gegen die Gewerkschaftsleitungen und die Gewerkschaften durch Verleumdung ihrer Leistungen, durch Herabsetzung und Verdächtigung ihrer Führer getrieben wird, daß sie alle diese Verbrechen lediglich als einen Ausfluß des Bestrebens betrachtet, die Massen aufzupöbeln und Misstrauen zu säen, um den Zwiespalt in der Arbeiterkraft nach zu vertiefen. Hier muß Strafrecht geredet werden. — Weiterhin soll die Generalversammlung aussprechen, daß die selbstverständliche Voraussetzung der gewerkschaftlichen Betätigung ein freies Konfessionsrecht, die Befreiung aller Hemmnisse auf dem Gebiete des Vereinsrechts ist, daß sie ebenso eintritt für die Arbeitsversicherung, für den Arbeiterschutz, für all diese Forderungen, die wir schon lange auf allen Versammlungen und Gewerkschaftskongressen vertreten haben. Die Generalversammlung muß weiter darauf hinweisen, daß all diese Forderungen, die aufgestellt sind in dem Programm, das von Stockholm aus dem späteren internationalen Gewerkschaftskongress vorgelegt werden wird, und daß die Generalversammlung diese Forderungen als eine geeignete Grundlage zur Herbeiführung des Friedens und als Gewähr für einen dauerhaften Frieden betrachtet, sofern sich die Arbeiterschaft in allen Ländern auf diesen Weg begibt und diese sozialpolitischen Forderungen als ihr Programm annimmt, sie zum Objekt ihrer Propaganda und ihrer Wirksamkeit macht. Dann ist die Möglichkeit gegeben, die Bestrebungen einzelner wirtschaftlich mächtiger Klassen in den feindlichen Staaten zu brechen, die darauf hinausgehen, nach Abschluß des Krieges gegen Deutschland den Wirtschaftskrieg zu eröffnen. Wenn Deutschland allein gezwungen werden soll, Arbeiterpolitik zu betreiben und die fortwährenden Staaten nicht, dann wird sich dieser wirtschaftliche Kampf gegen Deutschland natürlich viel leichter durchführen lassen, als sonst.

Die Stellung der Gewerkschaftsleitungen würde aber nicht vollständig ersichernd behandelt sein, wenn ich nicht auf den Einwand einginge, der zu machen versucht wird durch den festen Hinweis auf das Hilfsdienstgesetz als Zwangs Gesetz. Selbstverständlich ist dieses Gesetz ein Zwangs Gesetz, aber es sind doch einige Tropfen sozialen Oels hineingekommen, die den Jmmer abzuwischen die Leiden haben. (Zuruf: Weiße Salbe!) Ich habe ja in dem, was ich darüber geschrieben habe, selbst gesagt, daß es wenig ist. Wir sind es ja in Deutschland gewöhnt, einen Tropfen sozialen Oels in einem Becher Wein zu empfangen. Aber wäre es etwa besser für die Arbeiterschaft gewesen, wenn der Zwang, der nun erfolgt ist, auf anderem Wege erfolgt wäre, wenn etwa das allgemeine Wehrpflichtgesetz bis zu dem Lebensalter erweitert worden wäre, bis zu dem die Hilfsdienstpflicht gilt? Glauben Sie etwa, daß die gewerbende Arbeiter, wie sie heute zusammengesetzt ist, daher zurückgeschreckt wäre, wenn das Hilfsdienstgesetz nicht gekommen wäre? (Zuruf:) Und das wäre gar nicht einmal nötig gewesen, es war ja schon vorher in verschiedenen Bezirken Deutschlands dieser Zwang durchgeführt durch einfache Verordnung der kommunalen Behörden auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes. Was die Gesamtmeinung dieses Zustandes etwa glücklicher für die Arbeiter gewesen? Nein, vom Boden der Praxis ausgehend, müßten die Gewerkschaftsführer sich sagen: wenn die Möglichkeit besteht, ein größeres Unglück zu verhindern, so nehmen wir das kleinere Unglück in Kauf. Die Agitation gegen das Hilfsdienstgesetz ist unaufrichtig, weil sie die Kräfte der Reaktion unbeschäftigt läßt. Man darf nicht verschweigen, daß der gewiß bestehende Zwang doch eine Weibung gegenüber dem Zwang ist, der sonst hätte ausgeübt werden können, und daß die Mitarbeit der Gewerkschaften an diesem Gesetz gerade auf die Absicht zurückzuführen ist, diesen äußersten Zwang zu verhindern. Wenn man das nicht verschwiege, dann würde man die Frage objektiv behandeln. Durch die jegliche einseitige Agitation verleiht man den Arbeitern die Mitarbeit an der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes. Das Hilfsdienstgesetz ist da, wir können es nicht mehr hindern. Sollen wir da nicht die Gelegenheiten ergreifen, die weniger Rechte, die uns das Gesetz gegeben hat, nun auch vollständig in Anspruch zu nehmen und damit zu werten, daß sie im Sinne der Arbeiterschaft angewendet werden?

Am Schluß seiner Ausführungen legte Schläfer kurz seine Stellung im Kriegsamt dar. Seine Meinung besteht nicht weiter als die Erfüllung der von den Gewerkschaften erhobenen Forderung der Gleichberechtigung und deshalb sei es seine Pflicht gewesen, dem Kaiser Folge zu leisten. Der Kaiser jedoch mit der Aufforderung, die Rechte der Arbeiter zu wahren, voll und ganz in Anspruch zu nehmen und zu versuchen, in allen Körperlichkeiten den gewerkschaftlichen Einfluß geltend zu machen und praktisch zu arbeiten. (Beifall: Beifall.)

Nachdem der Ausschussvorsitzende Weißig den Bericht des Ausschusses erörtert und die Einleitung der Einleitung für den nächsten Winter beantragt hatte, wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Salz, den 28. Juni 1917.

Das Korreferat über den Vorstandsbericht erörterte Dismann (Frankfurt a. M.). In einer Geschäftsbesprechungsdebatte ergab sich, daß ein kleiner Teil der Arbeiter Dismann zum Korreferenten bestimmt hat.

Dismann: Wir müssen uns mit diesen Fragen beschäftigen auf Grund der Erfahrungen mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften, die die Beherrschung der Gewerkschaftsbewegung aufs höchste beschleunigt. Es handelt sich bei dem Streit nicht um alle Kamellen, wohl aber werden wir die Grundzüge, die Zusammenhänge in der modernen Arbeiterbewegung ansichergelassen werden. In ihrer Stelle ist jetzt ein Verhältnis gegeben, das unvorstellbar ist mit den Zusammenhängen der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der politische Kampf im letzten Sinn muß auch in der Kriegszeit die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung sein. Wir sind jetzt gekommen, weil wir nun jetzt erleben haben, daß es keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gibt. In die Stelle dieses Gleichgewichtes ist jetzt eine Verschiebung mit den Kräfteverhältnissen gekommen, die wir nicht für möglich gehalten hätten. (Zustimmung und Widerspruch.) Man beachte sich vor der Regierung, man ist Hilfsdienstgesetz gegenüber den bürgerlichen Parteien, man hat die Bedürfnisse der Parteien und Gewerkschaften über sich gesetzt. Mit diesen Worten ist die Kriegspolitik der Gewerkschaften unverständlich, noch weniger die Verwicklung der Kriegspolitik, die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz und die Annahme der Kriegsgesetze. Das ist eine Preisgabe dessen, was uns bisher am höchsten und heiligsten diente. In die Stelle des Gleichgewichtes ist der Übergang gekommen, wo man wieder verfahren muß mit dem Arbeiterempfinden gleichwohl. So war in der letzten Zeit mit Zustimmung der Gewerkschaften. Man hat eben die Interessen der Parteien proklamiert, ja diese Interessen sind jetzt die Sache zum Selbstzweck geworden. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir müssen uns auch als Gewerkschaft mit der Politik der sozialdemokratischen Parteien beschäftigen, weil sie zusammenschlagen mit der Politik der Generalversammlung und der der Gewerkschaften. Wir können es nicht

zulassen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit den anderen Gewerkschaften nach wie vor in der alten sozialdemokratischen Partei seine politische Interessenvertretung erblickt. (Zuruf: Wohl!) Eines folgt dem anderen. Wenn jetzt im Juli der Reichstag wieder zusammentritt, dann wird die alte Fraktion trotz Stockholm dem Reichstagsler auch die 80. und 90. Kriegsmilliarde bemilligen. Die gesamte Kriegspolitik ist eben darauf zugeschnitten, daß man mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien ganz in Hand geht. Kraftlos ist man nach oben geworben, um so kräftiger gegenüber den eigenen Klassengenossen, die in der Politik des Entgegenkommens eine verderbliche und arbeiterschädigende Politik sehen. (Unruhe.) Brutale Gewalt wird gegen sie angewendet. Ein Gewaltstreik folgte dem anderen. Die Opposition hat die Spaltung nicht herbeigeführt. Die Arbeiterschaft mußte gegründet werden, nachdem man den Vertretern dieser Richtung die Rechte der Fraktionszugehörigkeit abgesprochen hatte. Erst dann hat man in Götze das alte Banner der Internationalen wieder gehißt und die Unabhängige sozialdemokratische Partei gegründet. Sie vertritt die Grundzüge, die wir alle vor dem Kriege vertreten haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Die eigentlichen Träger der Kriegspolitik aber sind die Gewerkschaften, die die Gewerkschaftsführer und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Generalkommission und die Zentralvorstände haben sich ganz offiziell mit dem Konflikt in der Partei beschäftigt. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat sein Bestes getan, um gegen die böse Opposition zu helfen, es hat den Boden vorbereitet, auf dem die Gewalttatte des Parteivorstandes desto besser gedeihen konnten. Daher haben wir als Gewerkschaft ein Recht, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Was hat man denn mit so viel gerühmten Kriegspolitik bisher erreicht? In der Ernährungsfrage ist agrarisch Zornig geblieben und die Osterbotenschaft ist ein unfruchtbarer Wechsel auf die Zukunft. Im Gegensatz zu den empfindlichen Wahlformen anderer Länder ist man bei uns über die ersten Urfragen nicht hinausgekommen. Die Benutzung Schlichtes in das Kriegsgesamt war mehr eine Verhandlungsspielle für die Arbeiter als eine Ertragungsform der Kriegspolitik. Das Hilfsdienstgesetz ist trotz dieser Benutzung ein Zwangs- und Kontrahierungsgesetz für die Arbeiter, die Arbeitgeber nutzen es für ihre Zwecke aus. (Zuruf: Wir auch!) Nur die Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei haben alles getan, um bei diesem Gesetz die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, während die Vertreter der Fraktionsmehrheit, an ihrer Spitze die Gewerkschaftsführer, die weitgehenden Anträge der Arbeiterschaft ablehnten, ja zum Teil nicht einmal unterzeichnet. Die Mitglieder, die Drohnen der Gesellschaft, sind durch das Gesetz nicht getroffen worden, sondern nur die Arbeiter, die man nicht erst durch Zwang zur Arbeit zu veranlassen braucht, da die Not allein sie schon dazu zwingt. Hat man doch sogar im Verlaufe der Beratung des Hilfsdienstgesetzes auf das Streikrecht der Eisenbahner verzichtet. Ein fundamentales Recht der Arbeiter hat man auf diese Weise preisgegeben. Die Anwendung der Machtmittel des Staates hat eine Grenze, denn die Arbeiter sind unentbehrlich zur Fortführung des Krieges, der Wogen kann daher zu ihrem Schutze nicht überhand genommen werden. Eine öffentliche Beschuldigung der Parteiführer der Fraktionsmehrheit ist rechtlich schwerlich, ja ganz unmöglich. (Zustimmung und Zuruf.) Es ist eines der bedauerlichsten Kapitel des Krieges, daß das Demoralisationswesen in der Arbeiterbewegung sich so ungebauer weit gemacht, daß viele hunderte von tapferen Kämpfern dadurch aus Meßer gestochen worden sind. Dieser geht auf das Zitiere von sogenannten anonymen Flugblättern. Schlichte forderte, daß der Verbandstag einen Banntypus gegen diese Flugblätter schleudert. Was soll damit erreicht werden? Es ist nicht notwendig, den vielen Banntypus der Generalkommission und des Parteivorstandes noch einen neuen nachfolgen zu lassen. Die Grundvorwürfe der Arbeitseinstellungen war die Herabsetzung der Motivation. (Zustimmung und Widerspruch.) Es haben auch Arbeitseinstellungen an Orten stattgefunden, wo die Unabhängige sozialdemokratische Partei überhaupt nicht vertreten ist. (Zustimmung und Zuruf: Offen.) Die Einstellungen sind eben spontan aus dem Geist der Massen heraus entstanden als letztes Mittel gegen die Mißwirtschaft in der Ernährungsfrage. Das Banner der Arbeiter zu den offiziellen Führern ist allerdings wesentlich herabgemindert, aber nicht durch bürgerliches Untergraben, sondern infolge der Handlungen der Führer selbst. Wir verlangen von der Mehrheit nicht, daß sie alles verteidigt, was von einzelnen ihrer Vertreter geschieht. Dann aber sollte man auch uns nicht als Gesamtheit verantwortlich machen für einzelne Leistungen in Flugblättern. Wir weisen die Grundgebungen der Generalkommission gegen die Opposition ganz entschieden zurück. Die Entwicklung der Opposition ist allen Erläutern zum Trost günstig. Wir erwidern unsere politische Interessenvertretung nicht in der Partei der Regierungspolitiker, sondern in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. (Beifall bei der Opposition.) Das kann ich im Namen eines wesentlichen Teiles des Verbandstages hier mit aller Deutlichkeit erklären. Ein wesentlicher Teil der Gewerkschaftsmehrheit bedauert sich dafür, sich vor oder hinter den Schatten der Kriegspolitik haken zu lassen. Die Sozialdemokraten haben sich geändert, es gibt jetzt zwei sozialdemokratische Parteien und daher gehen auch nicht mehr die Annahmen, die in Mannheim zwischen Partei und Gewerkschaften vereinbart worden sind. Gewiss haben wir schwere Aufgaben in der Zukunft bevor, aber gerade gegenüber diesen schweren Kampfen muß immer wieder unterstrichen werden, wie vertehrt und volksfeindlich die Kriegspolitik der Mehrheit ist. Wir wollen das alte Banner wieder aufhängen und weiter kämpfen auf dem alten Boden des proletarischen Klassenkampfes im Interesse der Arbeiterklasse und der freien Gewerkschaften. (Beifall bei der Opposition.)

Wir zur Debatte setzen die zum Vorstandsbericht eingegangenen Anträge.

Ullrich (Berlin): Die Generalkommission mit Regien an der Spitze erweist die Arbeiterschaft zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Gewerkschaft. Wir sind auf dem besten Wege, eine sozialdemokratische Kampfpartei zu werden. Die Reichstagsfraktion ist auf einige hundert Worte beschränkt, was zu herabzusetzen wir früher die Redezeit auf einige Worte beschränkt haben. Auf dem Wege der Parteipolitik hat diese Haltung der Arbeiter mit den bürgerlichen Parteien gegeben und ausgenutzt, die Arbeiter fallen den Führern und Beherrschern preis und die Finger sehen. Diese Haltung behält jedoch auch unsere Verbandsmitglieder preis. Die Reichstagsfraktion der Metallarbeiter-Zeitung fordert zur schärfsten Zurückweisung heraus. Hat sie doch sogar indirekte Steuern empfohlen für die Aufhebung der Kriegsgesetze. Ich kann nur bitten, die Behörde Republik annehmen und damit dem Vorstand zu zeigen, was er in Zukunft zu tun und zu lassen hat. (Beifall bei der Opposition.)

Schäfer (Leipzig): Es ist richtig, daß bei der Leipziger Arbeitseinstellung neben der wirtschaftlichen auch politische Forderungen zu erheben notwendig sind. Die Unterwerfung hätte sich als Arbeitsbedingung schuldig gemacht, wenn sie sich der Minorität entgegen hätte. Sie hat in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit getan. Unser Verbandsvorstand und unsere Redaktionen nehmen ja auch zu den politischen Fragen Stellung. Wir nehmen das gleiche Recht für uns in Anspruch. Wir haben auch ganz gut bei dem Streit ergebnislos verhandelt. Jeder ist uns der Regierpolitik in den Rücken gefallen und hat in einem Flugblatt unsere Grundsätze heranzusetzen gesucht. (Zuruf: Wohl!) Auf Grund dieses Flugblattes werden die Angehörigen teilweise wieder zurückgenommen worden, denn man hat gesagt, daß der Verband ja gar nicht hinter den Arbeitern steht. Der Vorwurf unserer Vorstände wurde unter dem Gesichtspunkt der Aufhebung der Verbotsverordnungen und des Leipziger Streikens hat den Vorwurf in Verbindung mit dem Leipziger Streikens verurteilt. Er ist zweifellos unter Zustimmung des Kriegsausschusses in Berlin veröffentlicht worden. Offen gesagt, gefällt mir der Gewerkschaftsbesuch besser, denn er zeigt mehr Verständnis für die Situation als der Antrag unserer Verbandsmitglieder. Wir haben nichts dagegen, wenn Regien und Gewerkschaften eine Einheitsfront bilden an den Reichstagswahlen. Aber wir müssen es uns denken, daß es geschieht im Namen der Gewerkschaft der proletarischen Arbeiterschaft. Sehr

richtig.) Durch diese Adresse sind wir dem Frieden nicht näher gekommen, sondern haben uns weiter von ihm entfernt, denn bei den Feinden wird dadurch der Wille herangezogen, als ob die deutschen Arbeiter hinter der Regierung ständen. Ich würde nur wünschen, daß alle Bewegungen so erfolgreich endigen wie die Leipziger Arbeitseinstellung. (Zustimmung: Beifall.)

Schwarz (Dresden): Die Rede Dismanns hat mich enttäuscht, denn sie war weiter nichts als eine Propagandarede für die Unabhängige sozialdemokratische Partei. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir haben früher Fehler gemacht und ein Hauptfehler war, daß wir uns eine größere Kraft zugezogen haben, als wir tatsächlich besitzen. Die Kriegspolitik ist im Krieg eifrig zusammengedrückt. Die Weltgeschichte ist ihren Gang gegangen und es wäre ein Verbrechen an der Arbeiterschaft gewesen, wenn wir an starken Prinzipien festgehalten hätten; ganz gleich, ob die Arbeiter dabei zugrunde gegangen wären. (Sehr richtig.) Seitdem Dismann praktische Mitarbeit in der Gewerkschaft? Wenn Dismann von dem 12. und 13. hundertigen Frontdienst der Arbeiter sprach, so muß doch gesagt werden, daß niemand die Arbeiter zu einer so langen Arbeitszeit zwingt. Aber die Arbeiter drängen sich förmlich nach Ueberstunden um Geld zu verdienen. Wo hat die Mehrheit alle bemühte Grundsätze preisgegeben? Wenn man das Hilfsdienstgesetz gerecht beurteilen will, muß man sich vor Augen halten, was durch seine Annahme verhindert worden ist. Dann ist es noch immer das kleinste Übel. Die Arbeiterschaft leidet unter dem Kriege sicher am schwersten und hat die größten Opfer zu bringen. Da ist es leicht, sich hinzustellen und zu sagen: Seht, wohin wir mit der Politik des 4. August gekommen sind. Der Hunger muß Vorparaden leisten für eine Bewegung, die mit der Gewerkschaftsbewegung nichts mehr zu tun hat. Es fällt mir nicht ein, alles zu unterstreichen, was der Vorstand getan hat, aber ich bezweifle, daß eine andere Politik im Interesse der Arbeiterschaft gelegen hätte. (Zuruf: Bravo.)

Janzen (Münch): Wir haben in erster Linie dafür zu sorgen, daß die materielle Lage unserer Mitglieder gebessert wird. Um utopische Forderungen kümmern sich unsere Kollegen nicht, sie lehnen es ab, sich für unüberwindliche Dinge vor die Reichstagsgebäude setzen zu lassen. Seit seinem Bestehen hat unser Verband die offizielle Sozialdemokratie als seine politische Vertretung im Reichstag betrachtet, und sie ist es auch jetzt noch. Nur ein geringer Bruchteil unserer Mitglieder ist politisch organisiert und von diesem wiederum gehören nur wenige der Minderheit an. Eine Umfrage würde das sicher bestätigen. Wäre das Hilfsdienstgesetz so angenommen worden, wie es die Regierung vorgelegt hat, wir könnten heute hier nicht sitzen. Unerschrocken ist es, den Führern Verrat vorzuwerfen. Nur Einigkeit macht stark. (Zuruf: Bravo.)

Koch (Hamburg): Nur ein halbes Wüderbüchsen Delegiertes hat den Kommissar bestimmt. (Hört, hört!) Auch wir appellieren an die Massen, aber nicht mit Phrasen, sondern mit der Wahrheit. Wir haben uns bemüht, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu bessern und niemand wird behaupten können, daß wir nicht alles getan haben, um das Arbeiterlos besser zu gestalten. Dismann sprach hier ganz offen von einem Miß in der Gewerkschaftsbewegung, während er in Hamburg erklärt hat, daß unter keinen Umständen die Gewerkschaftsbewegung gespalten werden darf. Man hat auch in Hamburg versucht, einen Aufschub zu injizieren. Aber der Urheber dieses Gedankens hat erklärt, daß man auf ihn dabei nicht rechnen könne, er müsse zu Hause bleiben, denn er sei schon als Revolutionär betrachtet. (Hört, hört!) Dismann hat sich um die Flugblätter wunderbar herumgedreht. Niemand von der Opposition hat den gemeinen Inhalt dieser Flugblätter verteidigt. Draußen aber wird ganz anders gesprochen. Wir lehnen es ab, an die niederen Instinkte der Massen zu appellieren, um Weisheit zu haben, braucht man in den Versammlungen nur auf den Vorstand zu schimpfen. (Seitens Zustimmung.) Wir müssen in erster Linie Demokraten sein. Bisher hat noch kein Parteitag über die Differenzen entschieden. Trotzdem ist man abgelenkt. Wir brauchen nach dem Kriege eine geistige starke Organisation, um den Kämpfen der Unternehmern zu widerstehen. Die aber, die heute der Miß wollen, betreiben bemußt die Geschäftsbetriebe der Unternehmern. (Zustimmung und Unruhe.)

Kidder Müller (Berlin): Diese Ausführungen waren demagogisch. (Unruhe.) Das Hilfsdienstgesetz ist zweifellos ein Ausnahmengesetz. Eine Hand voll Kapitalisten bereichert sich, während die kleinen Existenzen vernichtet werden. Freizügigkeit und Streikrecht wurden durch dieses Gesetz beseitigt. Eine diesem Gesetz unterworfenen Arbeiterschaft ist dem Kapitalismus gefesselt ausgeliefert. Mit den Rechtsgarantien beim Hilfsdienstgesetz ist es nicht weit her. Die Unternehmern haben sich ihnen vielfach nicht gefügt und darum sind eine ganze Anzahl Streiks entstanden. An diesen traurigen Zuständen sind die Gewerkschaftsführer mit schuld. Eine merkwürdige Rolle hat Cohen, der Vertreter der Metallarbeiter in der Generalversammlung, hierbei gespielt, der von der ganzen Dingen nichts wahrte, obwohl er doch das Vertrauen der Regierung im weitesten Maße genießt. (Zuruf: Wohl!) Wenn es gilt, den einen oder anderen Strauß vom Heeresdienst loszureißen, das ist eine Kleinigkeit für Cohen. (Hört, hört!) Er hält sich fast täglich in den Vorzimmern der Minister auf, aber vom Hilfsdienstgesetz hat er angeblich keine Ahnung gehabt. Nach meiner Meinung ist Cohen, wenn nicht der Vater des Hilfsdienstgesetzes, so doch der Urheber, denn er hat der Regierung schon lange vorher Vorschläge unterbreitet, die in ihren Konsequenzen das Hilfsdienstgesetz bedeuteten. Vielleicht war er sich der Tragweite seiner Vorschläge damals nicht bewußt. Seine Absicht war tödlich, aber was er erreicht hat, ist um so verwerflicher.

Die weitere Debatte wird auf Nachmittags vertagt.

In der Nachmittagsitzung erhält das Wort der Vertreter der Generalkommission.

Regien (mit unbeschränkter Redezeit): Die Gewerkschaften sind während der Kriegszeit das geblieben, was sie vor dem Kriege waren, nämlich Organisationen zur Forderung der Lebenshaltung der Arbeiter. Wenn heute amliche Stellen in den Gewerkschaften nicht mehr einen Fremdkörper in unserem Wirtschaftsleben seien, so haben nicht wir uns, sondern die Auffassungen dort sich geändert. (Sehr richtig.) Wir haben keinen Grund zum Preisgeben. Vor dem Kriege lagen die Dinge so, daß wir mit einem Zusammenstoß zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland rechneten, wobei das Kapital von der Regierung unterstützt worden wäre. Niemals haben die gewerkschaftlichen Organisationen auch nur ein Jota von ihren Zielen preisgegeben. Auch Dismann hat uns nicht gesagt, was denn nun eigentlich hätte geschehen müssen, welches die Politik der Gewerkschaften während des Krieges hätte sein müssen. Er hat nur ganz allgemeine Redensarten wie in einer Volksversammlung gebraucht, die aber nicht vor die Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes gehörten. (Sehr richtig!) Wenn man eher unsere Politik kritisiert, dann muß man zeigen, wie es anders hätte gemacht werden müssen. Mit keinem Wort haben die Kritiker erwähnt, was die Gewerkschaften und der Metallarbeiterverband an Fortschritten bei der Arbeiterversicherung, der Kriegsvorsorge, der Arbeitslosenversicherung und dem Arbeitsnachweis erreicht haben. Das sind Erfolge unserer Gewerkschaften, nicht zurückzuführen etwa auf die Tätigkeit der Opposition. (Sehr richtig!) Statt dessen hält man sich an Kleinigkeiten. Auf welchem Gebiet sollen wir eine vollständige Sühnung vorgenommen haben? Wo sind die Gewerkschaften von ihrem Ziel abgewichen, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben, die Arbeiterklasse fähig zu machen, einmal in der sozialistisch organisierten Gesellschaft ihren Platz auszufüllen? Wir warten auf den Nachweis. Die Rede Dismanns gehörte auf einen Parteitag. Er hat wiederholt, was wir seit 1893 für überwinden hielten, nämlich die Forderung, wir sollten aus einer neuen politischen Partei hervorgehen. Das haben allerdings Ihr Vorstand und die Generalkommission rundweg abgelehnt. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaften stellen sich zur Erreichung ihrer Ziele, soweit ihre parlamentarische Vertretung in Frage kommt, unter den Schutz der sozialdemokratischen Partei, aber sie lehnen es ab, bei politischen Differenzen mit zu entscheiden. Dismann hat den Beweis dafür verlangt, daß die Unabhängige Partei gegenüber den Grundfragen der modernen Arbeiterbewegung verfloßen hätte. Er hätte zunächst einmal beweisen müssen, daß die

Unabhängigen den wichtigsten Grundsatz jeder Organisation, die Disziplin, gerichtet haben. (Sehr richtig! und große Unruhe.) In erster Linie muß jetzt in einer so kritischen Zeit die Einheit unserer Grundprinzipien sein. (Zustimmung.) Niemand weiß, auf welcher Seite die Mehrheit ist. Deshalb muß die Einheit der Arbeiterbewegung unter allen Umständen hochgehalten werden. Nur darin liegt in der Gründung der neuen Partei eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung, sonst nicht, denn über die Phrasologie sind wir längst hinaus. Nur der Disziplinbruch veranlaßt uns, uns gegen jene Abgliederung zu wenden. Das schlechte Beispiel könnte nachwirken und hat schon nachgewirkt. Dittmann behauptet, daß in dem Kampfe der Mehrheit gegen die Abplitterer nichts fehlt bis herab zu dem Material des Reichsverbandes. Aber in dem anderen Waffenarsenal fehlt keine Verleumdung und keine Verächtlichmachung, die der Reichsverband nicht schon gegen die Gewerkschaften ausgesprochen hat. (Zustimmung und Unruhe.) Etwas derartiges hat die Mehrheit niemals zum Ausdruck gebracht. Wir sind einzig in der Unabhängigen Partei unsere politische Vertretung erblicken. Man sieht, wohin die Gewerkschaften geführt werden sollen. Die Rede Dittmanns bringt uns dem Frieden nicht näher, sie kann eher das Gegenteil erreichen. (Sehr wahr!) Wir sollen uns in den Parteikonflikt gemischt haben, das ist falsch. Wir hatten gar keine Veranlassung dazu. Wir haben uns nur gegen den Versuch der Opposition gewendet, den Parteifreie in die Gewerkschaften hineinzuziehen. Das geht aus einem Rundschreiben vom Juli 1915 deutlich hervor. Bis dahin hatte weder die Generalkommission, noch die Vorstandskonferenz irgendeine zum Parteifreie Stellung genommen. (Zuruf: Wie können Sie uns eine Einzelperson an die Nase drücken?) Das Rundschreiben war von 158 Gewerkschaftsfunktionären unterschrieben, wie kann man da von einer Einzelperson sprechen. Gegen diese Sonderbündel hat sich allerdings die Vorstandskonferenz ausgesprochen. Es kann nicht jeder schreiben, was ihm beliebt, lieber Trennung, als ein solches Zusammenleben. (Lebhafte Zustimmung und große Unruhe.) Aber ich bin jetzt überzeugt, daß es nicht zur Trennung kommen wird, trotz aller Versuche, die auch hier gemacht sind. (Zuruf: Es ist eine Schande.) Nachdem Dittmann gesagt hat, der Miß ist da, muß auch ich darauf eingehen. (Erneute Unruhe!) Wer das nicht unterschreibt, was damals die Vorstandskonferenz gegen die Sonderbündel beschlossen hat, der stellt sich abseits, der kann nicht mehr als Gewerkschaftsvertreter angesehen werden. Was ich hier vortrage, kann unendlich bewiesen werden. Wir haben nur den Versuch abgelehnt, die Gewerkschaften einer bestimmten politischen Richtung dienstbar zu machen. Wir werden dem Gewerkschaftsfortschritt abgeben. Wir haben keine Angst und können dem Urteil mit aller Mühe entgegensehen. Dittmann hat auch die Vorgänge mit dem Deutschen Eisenbahnerverband gegen die Generalkommission ausgespielt. Gewiß, das Streikverbot für die Eisenbahner ist gesetzwidrig, aber die überwiegende Mehrheit im Reichstag ist nun einmal für das Streikverbot. Sollen wir deshalb die Agitation unter den Eisenbahner den Gegnern überlassen? Wir haben die Kriegszeit benutzt, um freien Raum auch für unsere Eisenbahnerorganisation zu schaffen. Nur zu diesem Zweck haben wir eine Verdingung abgeschlossen. Wir haben auf kein Recht verzichtet, wir wollen uns nur nicht ausschließen. Wenn Hilfsdienstgesetz haben wir im Reichstag gerade das durchgesetzt, was die Berliner Verwaltungsstelle am 26. November beschlossen hatte. (Lust-Gemeine Wehrung!) — Vorsitzender Schilde ruft Lust zur Ordnung.) Wir haben von Anfang an erklärt, daß eine Mitwirkung der Gewerkschaften beim Hilfsdienstgesetz nur in Frage kommen könnte, wenn diese und jene Forderungen erfüllt werden könnten. Dazu rechnen wir die Sicherung des Koalitions- und Versammlungsrechtes, des Arbeitsverhältnisses und anderes mehr. Die Ablehnung des Regierungsentwurfs mit seinen vier Paragraphen habe ich gleich nach der ersten Lesung verteidigt. Gewiß hätte sich das Hilfsdienstgesetz ohne die Hilfe der Arbeiterorganisationen nicht durchführen lassen, wohl aber die Militarisierung aller Betriebe. (Sehr wahr!) Es wird hoffentlich auch einmal eine ruhige Zeit kommen, die anerkannt wird, was wir hierbei im Interesse der Arbeiter geleistet haben. Wir brauchen keinen Dank, aber Bemerkungen und Schritte lassen wir uns nicht nehmen, zumal wenn diese Verächtlichungen von Leuten kommen, die niemals mit der Arbeiterklasse engen Zusammenhang gehabt haben. Es soll kein Banalitäts hier geschehen werden, aber eins ist notwendig, daß die größte Gewerkschaft der Welt eine Grundgebung beschließt, die die bisherige Politik des Verbandes für die richtige erklärt. (Lebhafte Weisung.)

Dittmann (Hamburg): Noch ist bei seiner Rede gegen mich auf ein sehr tiefes Niveau herabgesunken. Er hat über eine Rede von mir einen Bericht in der Metallarbeiter-Zeitung gebracht, der ein Schulbeispiel dafür ist, wie man Auswüchsen eines Redners verhungern kann. Ich habe stets gesagt, daß die Spaltung um jeden Preis vermieden werden muß. Wenn man allerdings so auftritt, wie Schwarz und nachher Regien, dann werden wir auch in der Gewerkschaftsbewegung das selbe erleben wie in der Partei. Die Verantwortung aber fällt auf die, die die Spaltung in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen haben, nämlich die Gewerkschaftsvorstände. (Unruhe.) Dittmann hatte nicht so unrecht, als er unter Hinweis auf ein Wort Bebels sagte, die Massen sollten gegenüber den Führern recht vorsichtig sein. Als sich zeigte, daß der Burgfriede von den Unternehmern nicht gehalten wurde, mußte er spätestens aufgebunzt werden. Noch hat berichtet, ich hätte behauptet, die Metallarbeiter könnten den Krieg verhindern oder für seine Beendigung sorgen. Damit wollte er sagen, ich hätte einen Streik der Munitionsarbeiter provozieren wollen. Die Absicht ist unbedenkbar, das ist eine hundertprozentige Denunziation. Ich habe weder offen noch versteckt zum Munitionsarbeiterstreik aufgerufen. Das Schiedsgericht hat mir einmal eine Hilfe erteilt, ist aber von solchen Voraussetzungen ausgegangen. In Hamburg wird jede sachliche Kritik als persönliche Gehässigkeit ausgelegt und man sollte der Verwaltungsbüro Hamburg zu Händen ihres ersten Bevollmächtigten eine Tafel mit dem Aufschrift: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten. Die Ursache der Streiks waren die Lebensmittelverknüpfungen. Aber selbst wenn es politische Streiks gewesen wären, die Arbeiter hätten ein Recht dazu gehabt. Das Mißtrauen gegen die Angestellten ist da, hervorgerufen durch die ganze Haltung der Vorgesetzten. Wenn ein Miß da ist, dann darf er nicht verkleinert, sondern dann muß die schadhafte Seite durch andere ersetzt werden. Schilde wandte sich gegen die Angehörigen der Unabhängigen Partei, die erst Streiks angeht und dann seine Kneifer. Er sollte besser informiert sein. Spricht so der Vorsitzende der größten Kampforganisation oder der Vertreter des Kriegsamtes, der am liebsten jeden als Hundstot bezichtigt, der für die Streikenden Partei nimmt? Mit keinem Wort ist Schilde für die Streikenden eingetreten, wohl aber hat das Dr. Cohn im Reichstag von der Unabhängigen Partei getan. Es wäre besser, wenn das, was Cohn dort gesagt hat, auch von den Gewerkschaftsvorständen gesagt worden wäre.

Reichel: Dittmann ist den Beweis für die Behauptung schuldig geblieben, daß wir die beherrschenden Grundzüge der Arbeiterbewegung verlassen hätten. Der Streit um die politische Weltanschauung ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften. Wir wissen aber, daß unser Kampf für die kulturelle und geistige Erziehung der Arbeiterklasse zum Sozialismus führen wird, ohne daß dieses Ziel besonders in unsere Satzungen aufgenommen ist. Eine Gewerkschaft, die diesen Boden verlassen wollte, würde den Akt abgeben, auf dem sie steht. Durch den Ausbruch des Krieges waren bis zum Herbst 1915 allenfalls halbes Hunderttausend und Arbeitslosigkeit veranlaßt worden. Der Reichstagsboden war also verändert und niemand wird bestreiten, daß wir die Art und den Umfang unserer wirtschaftlichen Kämpfe nach den vorhandenen Verhältnissen einrichten müssen. Als dann die Arbeitslosigkeit zunahm, hat es der Vorstand nicht an Aufklärung fehlen lassen, um die Kollegen auf die notwendigen Verbesserungen ihrer Lebenslage hinzuweisen. Unter dieser Führung des Reichsverbandes ist in vielen Fällen eine Verbesserung der Lebenslage der Mitglieder erfolgt. 1915 wurden für über 300 000 Metallarbeiter Lehrlingsbewegungen durchgeführt und 1916 hat sich der Umfang noch gesteigert. Für 696 000 Metallarbeiter sind die Verhältnisse besser geworden, davon waren nur 209 000 Mitglieder unseres Ver-

bandes. Diese Zahl beweist, daß infolge des Krieges Hunderttausende von Arbeitern in die Metallindustrie gekommen sind, die die gewerkschaftliche Organisation vielfach kaum dem Namen nach kannten. Sie mußten erst gewonnen werden, um die Bewegungen durchzuführen. An Initiative dazu haben wir es nicht fehlen lassen. Als die Ernährungsnotlagen dann immer größer wurden, haben wir wieder mit unserer Arbeit eingesetzt und auch andere Fragen des Arbeitsverhältnisses zum Gegenstand unserer Tätigkeit gemacht. Wir sind also niemals untätig gewesen. Wir werden nach dem Kriege vor ganz neuen Verhältnissen gestellt sein und werden dann auch zu ihnen Stellung zu nehmen haben. Der Vorstand ist also an den zentralen Verhältnissen im Versammlungswesen wahrlich nicht schuld. Mit denselben Rechte könnte man sagen, der Vorstand hätte den Krieg verschuldet. Wir haben die Kollegen wiederholt aufgefordert, die Zeitverhältnisse zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszunutzen. Es haben niemals die Kollegen daran gehindert. Aber mit dieser Forderung behauptung wird Zustimmung gegen den Vorstand gemacht. Der Vorstand hat an der gewerkschaftlichen Taktik festgehalten, die sich in Jahrzehnten bewährt hat. Die Opposition aber will einen Sprung ins Dunkle und ins Ungewisse. Dieser Sprung stellt die Erwerbslosen in Frage, die wir in jahrzehntelangen Kämpfen erreicht haben. Deshalb kann sich der Verband darauf nicht einlassen. Wir halten fest an unserer bewährten Taktik, die wir natürlich jeweils den gegebenen Verhältnissen anpassen müssen. Wir haben sie von Generalversammlung zu Generalversammlung fortgeführt. Ich bitte, die Vorschläge der Gegenseite abzulehnen. Sie dienen nicht der Förderung des Verbandes, sie werden eine Spaltung herbeiführen oder doch den Keim zu einer Spaltung legen. (Lebhafte Weisung.)

Rano (Berlin): Die Berliner Streiks waren eine Folge der Entlassung über die Verkürzung der Produktion. Die Bewegung ist spontan aus der Masse heraus entstanden und setzte auch sehr impulsiv ein. Erst im Verlauf der Bewegung setzten Kräfte ein, die für einen politischen Anstrich gesellen wollten. Nachdem eine Verständigung mit den Behörden über die Ernährungsfragen zustande gekommen war, wurde beschlossen, die Bewegung abzubrechen und die Arbeit wurde auch tatsächlich in den meisten Betrieben wieder aufgenommen. Die Organisation hat durchaus ihre Pflicht getan. Schädlich waren dagegen die Einflüsse außenstehender Leute. Dadurch ist sogar ein so vorzüglich organisierter Betrieb wie die Deutschen Maschinen- und Munitionswerke auf Jahrzehnte für uns verloren. (Spitz, hört!) Die Schuld daran tragen Leute, die von gewerkschaftlichen Dingen keine Ahnung haben. (Sehr richtig!) Unsere besten Kollegen hat man in den bunten Red geistert und kein Gaafe, kein Lebensbrot und kein Adolf Hoffmann haben etwas dagegen unternommen. So geht es in Berlin nicht weiter. Wenn die Arbeiterklasse weiter durch solche Dinge heimgesucht wird, dann wird es schwer sein, sie bei der Stange zu halten.

Kurtz (München): Die Verhältnisse sind stets wandelbar und wir müssen uns ihnen daher immer anpassen versuchen. Deshalb darf auch unsere Bewegung niemals von einem ein für alle Mal geltenden festen Standpunkt aus beurteilt werden. Neue Verhältnisse bedingen neue Wege. Wenn Marx, Engels oder Lassalle heute leben würden, sie würden die Verhältnisse anders beurteilen als Dittmann und seine Freunde. Die Opposition hat nicht bewiesen, daß der Vorstand seine Pflichten vernachlässigt hätte. Sie hat nur abgetragene Redensarten vorgebracht. Sie will in den Gewerkschaften ihren demagogischen Gelüsten die notwendige materielle Grundlage verschaffen. Die Aufgaben der Gewerkschaften und der Partei sind zweifacher Art. Die Opposition aber will beides mit unserer wirtschaftlichen Bewegung verquiden und das ist unmöglich. In Süddeutschland sind Flugblätter verbreitet worden, in denen die Mitglieder aufgefordert wurden, es den Russen nachzumachen. Diese Leute vergessen, daß wir auf der Welt nicht allein sind, sondern daß die anderen Faktoren in Deutschland heute doch noch stärker sind als wir. (Sehr wahr!) Ein Beweis dafür ist der Krieg, den wir nicht verhindern konnten. Unsere Erwerbslosen während des Krieges können sich durchaus sehen lassen. Mein das Wehsein der Organisation auch während des Krieges hat den Mitgliedern eine Lohnentwöhnung gebracht, die wir sonst nicht gehabt hätten. Man sollte sich doch vor allen Begriffsverwirrungen hüten. Was die Berliner mit ihrer großen Aktion erreicht haben, hatten wir in Süddeutschland längst, ohne daß wir deshalb auf die Straße zu gehen brauchten. Das Hilfsdienstgesetz ist auch nicht nach meinem Geschmack, aber es hat den Gewerkschaften doch eine ganze Reihe von Erfolgen sozialpolitischer Art gebracht. — Im Namen von 21 Kollegen habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

Erklärung.

I. Die 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erblickt in den Anträgen 25 und 27 bis 31 der Vorlage den Ausdruck des geselligen Bestrebens, den Verband von seinen Aufgaben und ihrer Durchführung abzuräumen und ihn weit gesteckten politischen Zielen dienstbar zu machen. Diesen Zweck sollen die in Wort und Schrift ausgesprochenen Herabsetzungen der Gewerkschaften, ihrer Leistungen und Erfolge sowie die Verächtlichungen ihrer Leitungen und Vertrauensmänner fördern. Diese Agitation soll zunächst die in weiten Kreisen der Arbeiterklasse bestehende Mißstimmung über die lange Dauer des Krieges und ihre Folgen und, unter letzteren besonders über die mangelhafte Regelung der Volksernährung, auf die Gewerkschaften und auf ihre Leitungen wegen ihrer angeblichen Latenzlosigkeit übertragen und sie für alle die Arbeiterklasse mehr oder weniger bedrückenden Kriegsmassnahmen verantwortlich machen. Zudem den Arbeitern unter Hinweis auf die Stellung der russischen Arbeiterklasse zu der gegenwärtigen Revolution eine Straftentation, die sie nach den heutigen Machtverhältnissen gar nicht haben kann, vorgepiegelt wird, soll sie für große politische Massenbewegungen begeistert und zu demonstrativen Arbeitseinstellungen mit politischen Zielen veranlaßt werden. Enden solche Bewegungen, wie leicht vorauszu sehen, mit einem Mißerfolg, dann wird dieselbe wieder den Gewerkschaften und ihren Leitungen zur Last gelegt.

Diese Agitation ist im höchsten Grade unaufrichtig. Sie verschweigt die Bemühungen der Gewerkschaften zur Gleichrichtung des der Arbeiterklasse lafenden Druckes, verschweigt die Macht der entgegenstehenden Kräfte und die wahren Ursachen, aus denen Erfolge den gewerkschaftlichen Bemühungen nicht oder nur mäßig beschieden sein können. Diese Agitation ist aber auch verhängnisvoll, weil sie durch ihre Folgen den auf den Arbeitern lafenden Druck noch vergrößert, bei den uns feindlichen Staaten die Hoffnung auf baldigen völligen Zusammenbruch Deutschlands stärkt, deren Inzucht aufsteigert, die Zahl der Kriegsoffer vermehrt und den Krieg selbst verlängert. Unter dieser Festsellung lehnt die Generalversammlung die oben genannten Anträge ab, erhebt Einsprüche gegen das Bestehen, die Streitigkeiten der politischen Arbeiterbewegungen in die Gewerkschaften hineinzutragen und hält nach wie vor an der bisherigen Auffassung über den Zweck des gewerkschaftlichen Kampfes an sich und seiner Anwendung fest. Die Generalversammlung warnt die Verhandlungsmittel der vor der gegenwärtigen Agitation, vor den ihr zugewandten Massenbewegungen für politische Zwecke sowie vor allem im Widerspruch mit der bisherigen Taktik und Verbands-satzungen in henden Arbeitseinstellungen. Sie fordert die Verbandsmitglieder auf, sich solchen die Einzel- und Geschlossenheit unserer Mitglieder gefährdenden Treibereien zu widersetzen.

II. Zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes bedarf die Arbeiterklasse einer gesicherten gesetzlichen Grundlage. Die Voraussetzung in der Ausübung des Koalitionsrechts durch § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung des Erpressungs- und Nötigungsparagraphen auf die gewerblichen Lohnkämpfe müssen durch Neuordnung des Koalitionsrechts beseitigt werden. Die Generalversammlung erwartet von den Vertretern der Arbeiterklasse im Reichstag eine entsprechende Vertretung der Arbeiterforderungen im Sinne der Ausgestaltung aller die Rechte der Arbeiterklasse berührenden Gesetze. In sozialpolitischer Hinsicht fordert sie den wirksamen Ausbau des Arbeiterrechtes, eine durchgreifende Umgestaltung der Arbeiterversicherung, die Schaffung eines klaren und einheitlichen Arbeiterrechtes, die Regelung der Arbeitsnachweisfrage, Einführung der Reichsarbeitslosenversicherung und Förderung des gewerblichen Schlichtungswesens.

III. Aus dieser Erkenntnis heraus betrachtet die Generalversammlung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Arbeiterforderungen für einen künftigen Frieden als geeignete Grundlagel für seine baldige Herbeiführung. Eine eifrige Wirksamkeit aller Arbeiterklassen im Sinne dieser Forderungen dient der Annäherung der verschiedenen Länder und damit einem dauernden Frieden.

Kurtz-München, Fischer-München, Adolf Heide-Fürstenwalde, G. Umratz-Mürnberg, H. Klappstein-Mürnberg, Fr. Heuber-Mürnberg, G. Gerick-Berlin, Fr. Rano-Berlin, Philipp-Breslau, W. Sch-Breslau, Wenzel-Euhl, Fenske-Hannover, Fischer-Dessau, R. Fleischmann-Mürnberg, Otto Hoenkchen-Stuttgart, W. H. Schiffer-Berlin, Stutgart, Elise Bauer-Berlin, Martha Waack-Berlin, Severing-Bielefeld, Köllner-Bielefeld, Wilh. Koch-Hamburg, Hierl-Schwabach.

Der Vorstand des Süddeutschen Metallarbeiter-Verbandes beschließt folgendes: Die 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschließt folgendes:

Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands.

Bei Ausbruch des Krieges hat am 2. August 1914 eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften Deutschlands beschlossen, alle Lohnbewegungen abzubrechen und alle Streiks einzustellen. Trug dieser Beschluß auch zunächst den Stockungen des Wirtschaftslebens Rechnung, die mit dem Kriegsausbruch eintraten, so erweist er sich doch für die Folge als äußerst verhängnisvoll für die Arbeiterklasse, denn er bedeutete praktisch den Verzicht auf das wichtigste Grundrecht der Arbeiter, auf das Streikrecht. Mit der freiwilligen Preisgabe des Streikrechtes durch die Gewerkschaften Deutschlands wurde der Damm zerstört, der allein der Arbeiterklasse hätte wirksamen Schutz bieten können gegen die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung durch Lebensmittelwucher und Preistreiber. Dabei wäre es verhältnismäßig leicht gewesen, diese Verschlechterungen abzuwehren, denn als Folge der Inflation die Bedürfnisse des Krieges angepaßt hatte, trat bald ein Arbeitermangel ein, der sich durch die militärischen Einziehungen immer mehr steigerte. Statt nun aber die Arbeiter zu veranlassen, wenn notwendig, mit Hilfe von Arbeitseinstellungen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, hielten die Vorstände fest an ihrem Beschluß vom 2. August 1914. Und das geschah zu einer Zeit, in der Produzenten und Händler die Kriegskonjunktur rücksichtslos ausnützten und damit die Lebenshaltung der Arbeiter immer tiefer herabdrückten.

Jetzt haben die Vorstände versucht, mit Hilfe von Eingaben und Bitten, dringenden Vorstellungen bei Behörden und Unternehmern die Lebensmittelteuerung und damit die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter abzuwehren, aber all diese Bemühungen konnten von vornherein nur völlig unzureichende Ergebnisse haben, weil ja die Unternehmer mußten, daß die Arbeiter ihre Forderungen nicht mit der Waffe des Streiks durchdrücken konnten. Daher kommt es, daß die Lohnhöhungen, die den Arbeitern während des Krieges zugefunden wurden, weit hinter den Steigerungen der Lebensmittelpreise zurückbleiben.

So blieb den Arbeitern nur die Möglichkeit, durch Ausnutzung der Freizügigkeit ihre Lebenshaltung zu verteidigen, indem sie aus den Betrieben mit schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen abwanderten. Die Unternehmer setzten nun alle Hebel in Bewegung, die Freizügigkeit der Arbeiter zu vernichten. Gegen die ersten Versuche dieser Art, die in Berlin gemacht wurden, protestierte die gewerkschaftliche Presse nach, und die Metallarbeiter-Zeitung schrieb sogar von einer glatten Ausübung der Freizügigkeit, des wichtigsten und unentbehrlichen Grundrechts der Arbeiter. Aber bei der Schaffung des Hilfsdienstgesetzes wurde auch dieser Standpunkt preisgegeben. So wurde ein wichtiges Recht der Arbeiter nach dem andern geopfert. Als dann im April dieses Jahres unter dem Druck der Not die Arbeiter streikten und sich zum Teil unfehlbare Lohn-erhöhungen errangen, da schauten die gewerkschaftlichen Instanzen nicht einmal davor zurück, diese streikenden Arbeiter moralisch zu verurteilen. Dabei hatte die Aprilbewegung der Arbeiterklasse — allerdings ohne Zutun der Vorstände — recht bedeutende Verkürzungen der Arbeitszeit gebracht, und zwar nicht nur in den Streikorten, sondern auch — als Nachwirkung der großen Streikbewegung — in anderen Städten. Dagegen hatten die Bitten und Beschwerden der Vorstände nicht einmal die stete Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren können.

Von der gleichen Erfolglosigkeit war die dreijährige Tätigkeit der Gewerkschaftsinstanzen auch auf dem Gebiet der Lebensmittelverteilung und der Preispolitik.

So steht sich die Arbeiterklasse nach drei Jahren dieser Instanzenpolitik, nach der Preisgabe ihrer wichtigsten Grundrechte, trotz aller untertänigen Bitten und Eingaben, trotz aller Ergebenheitsadressen an den Reichstagskanzler, in tiefster wirtschaftlicher Not, mit völlig unzureichenden Löhnen, mit überlanger Arbeitszeit, ohne jeden Schutz für Schwache, Frauen und Kinder.

Angeht diese Tatsache wird es die höchste Zeit, daß sich die Arbeiterklasse wieder auf ihre eigene Kraft besinnt! Deshalb rufen wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands auf, dafür zu sorgen, daß in ihren Organisationen wieder der alte Kampfesgeist und das alte Selbstbewußtsein einkehren, die den freien Gewerkschaften vor dem Kriege ihre Kraft und Stärke gaben. Bitter notwendig braucht die Arbeiterklasse selbständige, von den Regierungen und von den bürgerlichen Parteien unabhängige Organisationen. Sorge daher jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, daß seine Organisation diesen Anforderungen wieder entspricht.

Dittmann, Liebmann, Schäfer, Lieberach, Krämer, Lechner, Saager, Gräffingholt, Kölich, Hob. Dittmann, Jof. Orlopp, V. Seizinger, Fr. Schwanninger, R. Starz, G. Boelke, H. Ruhn, Paul Wendel, Fritz Herrmann, Alb. Manns, G. Lang, K. Müller, W. Lehmann, H. Fuchs, A. Krüger, G. Warburger, W. Ulrich, Paul Gertel, Waz Waz, D. Lojt, K. Richter, E. Fischer.

Weitere Erklärungen stehen mit zur Debatte.

Liebmann (Leipzig): Wir machen dem Vorstand nicht zum Vorwurf, daß er politische Arbeit geleistet hat. Wir werfen ihm vielmehr vor, daß er nicht praktisch gearbeitet hat. Diese Mißstimmung in den Massen ist aus der Erkenntnis entstanden, daß die Gewerkschaften während des Krieges ihre Pflicht nicht getan haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Das Vorstandsmittglied Jennide hat in Hamburg ausdrücklich gesagt, daß die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen, mit Beginn des Krieges aufgegeben habe. Das ist der tiefste Grund der Unzufriedenheit. Die Arbeiter hätten auch während des Krieges nicht verzichten sollen, aus eigener Kraft Forderungen durchzusetzen. Aber die Gewerkschaften haben auf die Anwendung des Streikrechtes verzichtet und haben später sogar in eine Verleumdung der Freizügigkeit gewilligt. Die Löhne konnten der Lebenshaltung nicht angepaßt werden und die Folge war eine Verleumdung der Lebenshaltung der Arbeiter. Diese hätte verhindert werden können, wenn eine andere Taktik eingeschlagen worden wäre. Es hätte dann auch nicht an Munition gemangelt. Aber so haben alle Hinweise auf die partielle Faltung der Gewerkschaften nichts genützt. Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wird die Arbeitsleistung nicht vermindert. Das haben wir stets gesagt, jetzt im Kriege soll es auch einmal nicht richtig sein. Das Hilfsdienstgesetz macht die Arbeiter zu Hütern und ausgerechnet der Vorsitzende unseres Verbandes ist der Elfenkaltler dieser Hüter geworden. Ein Volk von 67 Millionen kann nicht mehr beherrscht werden. Man hätte das auch gar nicht gewagt. Von einem Mann wie Gröner können wir kein Verständnis für die Arbeiterforderungen verlangen. Aber wenn der Vorsitzende der größten Arbeiterorganisation das selbe sagt wie Gröner, dann muß das doch auffallen. Er ist zusammen mit Gröner über die streikenden Arbeiter hergefallen und hat jede politische Forderung in Rauch und Wogen verwandelt. Wir müssen uns wieder zu den alten Grundsätzen bekennen, sonst werden die Massen die Führer noch ganz anders an die Wand quetschen und werden ihre Führer selbst wahrnehmen.

Die Debatte wird hier unterbrochen und der Bericht der Rechnungs-Kommission entgegengenommen. Auf Antrag dieser Kommission werden die Kassenkonten für den 1. April 1917 und die Listen von 12 auf 24 M. erhöht. Außerdem wird die Entscheidung für den gesamten entgangenen Arbeitsverdienst auf die Verbandskasse übernommen.

**Abendführung.**

In der Abendführung wird die Debatte über den Vorstandsbericht zu Ende geführt.

**Loth (Berlin):** Wenn der Vorstand für sich in Anspruch nimmt, in dem Streit in der Partei Stellung zu nehmen, dann haben die Mitglieder das Recht. Dadurch werden keine politischen Tendenzen in die Gewerkschaftsbewegung getragen, das ist auch kein Sprengungsversuch. Angefangen hat die Generalkommission mit einer Kundgebung gegen Saage, Bernstein und Kautsky. Legien hat bei seiner Behauptung, wir Berliner hätten das gleiche verlangt, was die Reichsorganisation beim Hilfsdienstgesetz nachher beschlossen hätte, einzelne Stellen unseres Beschlusses aus dem Zusammenhang gerissen. Diese Methode hatte er im Reichstag befolgt und vor aller Öffentlichkeit uns Berliner lächerlich zu machen versucht. (Wut-Rufe.) Wir haben uns in einer energiegelassen Erklärung dagegen verweigert, die Generalkommission hat uns aber nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Es ist nicht wahr, daß wir Cohen wegen seiner politischen Betätigung nicht wieder wählen wollten. Wir haben von ihm nur verlangt, daß auch er sich den Beschlüssen der Generalversammlung füge. Gerade die schärfsten politischen Gegner Cohens haben seine Wiederwahl bejaht. Die Verton Cohens spielt für uns gar keine Rolle. Wenn unsere Führer die Interessen der Arbeiter vertreten hätten wie die Führer der Landwirtschaft, es stünde besser um uns. (Zustimmung.)

**Fräulein (München):** Dismann und Diekmann haben so gerade, als ob der Verband mit Kriegsbeginn seine Tätigkeit eingestellt hätte. Das Gegenteil ist richtig. Wir haben uns sofort bemüht, die Frauen der Kriegsteilnehmer angemessen zu unterstützen und für die arbeitslosen Kollegen darüber zu sorgen, daß sie nicht nur auf die Verbandunterstützung angewiesen waren. Man scheint aber vergessen zu haben, was sich bei Kriegsbeginn abgepielt hat. Jedem Kollegen war es unbenommen, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Es ist auch geteilt worden. Dismann hat für die Unabhängige Partei Propaganda machen wollen. Es ist ein Unbegriff, zu verlangen, daß die Unabhängigen Arbeiter deshalb aufgehört haben sollen, zu bestehen, weil eine Gruppe von der Partei abgespalten ist. Gewiß haben die Propaganda mit ihrer Bewegung wirtschaftliche Erfolge erreicht. Aber es bleibt wahr, daß sie die Arbeit wieder aufgenommen haben, ohne daß ihre politischen Forderungen erfüllt worden sind. Das Hilfsdienstgesetz hat gewiß auch Schattenseiten, aber es gewährt doch zum Beispiel den Rentnern einen hohen Schutz gegen Lohnminderungen. Die Debatte hätte nicht so großen Umfang annehmen können, wenn wir uns auf das gewerkschaftliche Gebiet beschränkt hätten. Wird der Antrag Berlin angenommen, dann würde das Unternehmertum der laufenden Dritte sein. (Zustimmung.)

**Kremer (Duisburg):** Ich bin gewiß nicht einverstanden mit allem, was die Generalkommission und der Verbandsvorstand getan haben. Etwas mehr Zurückhaltung wäre besser gewesen. Aber deshalb braucht man doch nicht gleich vom Arbeiterberatern sprechen. Dismann hat tatsächlich nur Propaganda machen wollen für eine bestimmte politische Partei. Die Versammlungsunfähigkeit ist gekommen, weil man sich nur mit dem Parteibüchel beschäftigt hat. Wir in Duisburg haben in unserer Gewerkschaft nur praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet und sind von 333 Mitgliedern im Jahre 1915 auf über 3000 Mitglieder 1916 gestiegen. Man sieht, daß das Vertrauen zum Verbande nicht erschüttert ist. Auch die Arbeitsgemeinschaft mit den Christlichen und den Kirch-Zusammenarbeit hat uns nicht geschadet. Gerade die am meisten links stehenden Kollegen erkennen den großen Wert dieser Gemeinschaftsarbeit jetzt im Kriege an. Im 7. Bezirk, in dem diese verbande Gemeinschaftsarbeit besteht, ist unsere Mitgliederzahl von 2200 gestiegen auf über 4400 Mitglieder. (Starkes Hoch!) Beim Hilfsdienstgesetz war auch ich zunächst misstrauisch und sah in den Arbeiterausstellungen weiße Salbe. Aber es ist uns doch gelungen, unsere Arbeiterausstellungsmittelher zu stellen und damit sind alle Beschränkungen hinfällig geworden. Die Vertonungspolitik Duisburg hat in jeder Woche hundert Maßnahmen zu verzeichnen. Die alten Kollegen kommen aus dem Schmolzbeutel heraus. In dem Duisburger Kampf werden die freien Gewerkschaften schimmer bekannt als die Gelben. Wir haben jetzt Lohnbewegungen und Arbeitsbedingungen gehabt bei Saage, auf der Friedrichs-Hütte, beim Wotan und auf der Gewerkschaft Duisburger Kaiser. Im Frieden war uns das ganz unmöglich. Jetzt aber sind die Massen aufgestanden. (Starkes Hoch!)

**Fräulein (Düsseldorf):** Schlichte hat seine Behauptung, daß die Opposition im Verband in Gotha ihre Geburtsstätte hätte, auch nicht mit einem Wort bewiesen. Das Vertrauen zu den Führern ist tatsächlich verloren gegangen, das beweisen die Streiks, die gegen den Willen der Führer auch dort ausbrachen, wo die Unabhängigen gar keine Anhänger haben. Als wir im Frühjahr 1915 Lohnforderungen stellten, sagte unser Beamter, das dürfe prinzipiell unter dem Burgfrieden nicht geschehen. So hat man den Kollegen langsam das Blut abgeleitet. Ohne den Burgfrieden hätten wir auch ganz anders gegen die Lebensmittelpolitik kämpfen können. Die Zahlen des Burgfriedens beweisen gar nichts. Auch wir in Düsseldorf, wo die Unabhängigen die Mehrheit haben, haben eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Hier in Köln, wo die Unabhängigen gar nicht vertreten sind, haben gleichfalls Arbeitsbedingungen sich gebildet. Das beweist, daß nicht die Unabhängigen die Ursache sind. Freilich haben sich die Gewerkschaften dieser Bewegung zum Scheitern gebracht. Ich befürchte, daß auch diesmal nach dem Siege die Arbeiter, die sich an den Burgfrieden gehalten haben, in die Falle betrogen werden.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Es lautet folgende Resolution ein:

**Resolution.**

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand des Verbandes und den Kollegen Schlichte als Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Reichstag alles zu tun, damit auch dem schnellsten Wege die in Deutschland beschäftigten belgischen, polnischen und russisch-polnischen Arbeiter Versammlungs- und Betriebsfreiheit erhalten.

Weiter verlangt die Generalversammlung, daß die oben genannten Arbeiter unter denselben Benennungen ihre Arbeitsstelle wechseln dürfen als die deutschen Arbeiter.

**August Haas, F. Krämer, H. Kremer, S. Lechner, S. Martin, S. Reichow, L. Saager, S. Warburger, Franke (Genua):** Selbstverständlich ist das Hilfsdienstgesetz eine Zwangsmaßnahme. Aber seine Schärfe ist doch wesentlich gemildert worden. Gegen wilde Streiks mit politischen Einschücheln hat sich die Verbandspolitik erst recht gewandelt. Aus einer spontanen Bewegung in Leipzig kann man wirklich nicht sprechen, denn die Resolution mit ihrem politischen Inhalt war tagelang vorher gedruckt und von der Leipziger Volkszeitung nur nicht veröffentlicht worden. Leipziger Arbeiter haben damals ausdrücklich erklärt, daß es nicht um das halbe Pfund Brot und um ein paar Pfennige geht, sondern um mehr geht. Angenommen aber würde die Arbeit, obwohl kein einziger politischer Forderung erreicht worden war. Wir müssen uns gegen die spontane Arbeiterbewegung erklären und uns das am besten durch Annahme der Erklärung Genua.

**Franke (München):** Der Vorstand Legien, daß wir die Tätigkeit der Generalkommission im Interesse der Arbeiter nicht anzuerkennen hätten, trübt uns nicht, wir wissen nicht, was geleistet worden ist. Aber das Recht zur Kritik kann und nicht genommen werden. Wenn heute in diesen Angelegenheiten auch an der Front Entscheidung genommen wird gegen einen Scheidemann-Friede, so sind viele Argumente dieser Seite nicht mehr und doch zu erörtern, die in ersten Streikjahr auch aus unserer Reihen vertrieben worden sind. Wenn wir nicht die Generalkommission beauftragt und eine Resolution dagegen nicht einbringen. Gegen diese Resolution

aber wurde mit den schärfsten Mitteln vorgegangen und das bedauern wir. Wir brauchen die Einigkeit so notwendig wie das liebe Brot. (Zustimmung.) Es darf auch nicht ein kleiner Teil abspalten. Wir dürfen uns den Luxus mehrerer Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung nicht gestatten. (Sehr richtig!) Wir brauchen unsere gesamte Kraft zur Bekämpfung unserer natürlichen Gegner. Daher behaupte ich das Wort Legiens von der Trennung und auch das Wort Dismanns vom Miß. Die Generalkommission hätte den Parteistreit aus der Gewerkschaft herauslassen müssen. Die Disziplin ist gewiß ein wichtiger Grundfaktor, aber sie ist an Voraussetzungen gebunden, sie darf kein blinder Kadavergehorsam sein, sondern muß auch auf die Widerheiten Rücksicht nehmen. Das Hilfsdienstgesetz war auch vom Standpunkt der Mehrheit nicht notwendig, denn eine Steigerung der Produktion war auch ohne diesen Zwang möglich. Arbeiter möglichst Anzuerkennen ist, daß der Regierungsentwurf wesentlich verbessert worden ist, aber es fehlt die Beschränkung des Profits der Unternehmer und die Ausbeutung des Zwanges auf die Landwirtschaft. Natürlich gibt es hier noch zu ungenügend auch die kleinste Konzeption. So erklärt sich ja in der Rheinischen Zeitung heute veröffentlichter Ausdruck gegen das Hilfsdienstgesetz. Nachdem das Hilfsdienstgesetz einmal da ist, müssen wir natürlich die darin enthaltenen Rechte für uns ausnutzen. Darüber gibt es keinen Streit. Die Stellung Schlichtes im Kriegsjahr ist gewiß nicht einfach. Wenn aber schärfste Berichte über seine Berufung in der Presse erschienen sind, so deshalb, weil man den Arbeitern die Annahme des Hilfsdienstgesetzes mit der Behauptung schmachtend zu machen suchte, Schlichte würde die eines Unterstaatssekretärs sein. In Wirklichkeit hat Schlichte gar keinen entscheidenden Einfluß, während Kurt Sorge von den Unternehmern z. B. eine sehr hohe Stellung im Kriegsjahr bekleidet. Die Arbeitseinstellungen sind zurückzuführen einmal auf die feilsche Depression infolge der langen Kriegsdauer, dann auf die Ernährungsnotwendigkeiten und schließlich auf das rückwärtsgehende Vorgehen der herrschenden Klassen aus Krieges- und anderen Gründen. Niemand wäre bei diesen Bewegungen auch der letzte Mann mit fortgerissen worden. Wir sollten hier keine Entscheidung erzwingen. Beide Teile müssen einen Pfad zurückfinden im Interesse der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung. (Beifall.)

**Richter (Braunschweig):** Man hat beim Hilfsdienstgesetz die Arbeiter nicht vorher gehört, sondern die Generalkommission hat nach eigenen Gedanken entschieden. Wir haben auf mehrere Anfragen überhaupt keine oder nur unzureichende Antworten bekommen. Wenn das Ansehen des Verbandes dann nicht wächst, so ist es kein Wunder. Wir hatten 16000 M. in den Braunschweiger Volksfreund hineingesteckt und hatten dazu ruter Anmerkung aller Anstaltsregeln nochmals ein Darlehen von 5000 M. bewilligt. Als aber der Parteivorstand aus dem Volksfreund raus, haben wir diese Bewilligung natürlich zurückgezogen und auch die 15000 M. gekündigt. Der Vorstand nahm aus diesem Grunde gegen uns Stellung. Daraus erklärt sich die Mißstimmung der Braunschweiger Kollegen gegen den Vorstand. Der Vorstand ist an den Braunschweiger Zuständen schuld, wir lehnen die Verantwortung ab, denn wir wollen die Kampffähigkeit des Verbandes ungeschwächt erhalten.

**Erlering (Berlin):** Dismann ist aus wohlbegründeten Gründen auf gewisse Flugblätter nicht eingegangen. Es wäre auch zu strengig gewesen. Seiner Darstellung der Parteivorstandsmission kann man den Vorwurf der Einseitigkeit nicht erproben. Die Berliner Verwaltung hatte nichts einzuwenden gegen eine Arbeitseinstellung aus Gründen der Ernährungsnotwendigkeiten. Wir wollten aber dafür sorgen, daß diesem gemeinsamen Willensausdruck die Führung nicht fehlte. Am Sonntag vor dem 16. April wurde auf einer Berliner Generalversammlung vereinbart, daß der Streik sich nur auf die Ernährungsfragen erstrecken sollte. Nebenbei kam noch die unter eigenständigen Entscheidungen erfolgte Einberufung des Kollegen Mich. Müller in Frage. Am Montag konnten wir in einer Versammlung der Vertreter der Betriebe feststellen, daß die Arbeitseinstellung eine allgemeine sein würde. Auch hier wurde wieder festgestellt, daß nur über die Ernährungsfrage und den Fall Müller mit den Behörden verhandelt werden sollte. Wir haben das getan und am Montag Abend Bericht erstattet. Gegen wenige Stimmen erklärte man sich damit einverstanden. In dieser Versammlung tauchte zum erstenmal die Leppziger Resolution auf, deren Inhalt wir uns zu eigen machen wollten. Sie wurde gegen etwa 40 Stimmen abgelehnt und die Sache war damit erledigt. Am andern Tage konnten wir aber feststellen, daß diese Resolution mit geändertem Kopf in einzelnen Betrieben die Grundlage der Verhandlungen und Beschlüsse darstellte. So begann die Desorganisation der Bewegung. Am Mittwoch sollte die Arbeit einem Beschluß gemäß wieder aufgenommen werden, spätestens am nächsten Tag. Dieser Beschluß wurde am Donnerstag durchgesetzt. Aber da tauchten auf einmal am Dienstag Abend wieder die große politische Forderungen. Ihre Namen will ich nicht benennen. Diese Forderungen zeigten sich auch in den zahllosen Flugblättern, die ein Denkmal der Schande für die Arbeiterbewegung sind. Nicht zum die Gesellschaft nicht beleidigen, wohl aber wurden uns diese Flugblätter von der Polizei und den Unternehmern unter die Nase gehalten. Nachdem die Berliner Verwaltung den Mut gezeigt hatte, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, war es ein Verbrechen, Verwirrung in die Sache zu tragen. Die imposant begonnene Bewegung hätte ebenso imposant geschlossen werden müssen, dann hätte die Welt geklammert über die wunderbare Kraft des Organisationsgebaltens. Statt dessen hat man eine unverantwortliche Arbeitseinstellung getrieben. Nach Spontan ist ein Abgeordneter der Unabhängigen gekommen und hat lange politische Reden gehalten. Im Reichstag aber hat er jede Mitwirkung bestritten. Man hat in Berlin einen Arbeiterrat gegründet, dessen höchstes Ziel die Befreiung der Berliner Zeitung ist. Als man darauf hinwies, daß Cohen sehr sehr ist, wurde erwidert, man sei mit Eugen Ernst fertig geworden und würde auch mit dem Heinen Cohen fertig werden. (Heiterkeit.) Loth kann, wenn er wahrheitsliebend ist, nicht bestreiten, daß lediglich die politische Haltung Cohens zur Grundlage seiner Ratsl. gemacht werden sollte. (Loth: Äußer!) Loth hat also nicht den Mut, sich zu dem zu bekennen, was er damals gesagt hat. Ich bitte dringend um Annahme der Erklärung Kurth's, damit wir Klarheit und Ruhe in unserer Organisation bekommen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen zahlreiche persönliche Bemerkungen, in denen die einzelnen Redner sich bemühen, Behauptungen ihrer Vorredner als unrichtig zurückzuweisen und Angriffe zurückzuweisen.

**Dritter Verhandlungstag.**

**Köln, den 29. Juni 1917.**

Nach Erledigung der persönlichen Bemerkungen, die noch einen gewissen Teil der Sitzung einnahmen, wurde ein Antrag Müller (Bremen) zur Klärung der Berliner Vorstandsmission eine Kommission von 5 Mitgliedern unter Führung der Kollegen Müller und Erlering (Berlin) eingesetzt, abgelehnt. Hiermit wurden die Schlußmotive erledigt.

**Dismann:** Man hat geglaubt, unsere Sache mit leeren Phrasen und demagogischen, daß man die älteste Lebensversicherung gegen uns verdrängen, ob wir zu können. Das ist die alte Methode, wie man unangenehme Gewissens übergeht. Legien hat gesagt, es komme darauf an, praktische Arbeit zu leisten. Das wollen wir alle, aber die Phrasen über diesen Begriff sind eben verschieden. Es kommt darauf an, was welche Grundfragen man sich dabei leisten läßt. Die einen sagen, wir müssen das Unmögliche heranziehen unter Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse; wir dagegen sagen: Jeder Kampf auf allen Gebieten und zu jeder Zeit. Von der besten Arbeit bis zur Entschärfung der höchsten und idealsten Ziele. Wir wollen den Kampf geführt haben als Sozialisten, die sich bewusst sind, daß was ein Abgrund von denen trennt, mit denen wir die Schritte zu messen haben. Wir erwarten den nächsten Parteitag, die Anpassungsfähigkeit bis zum letzten Augenblicke der Verhandlung, diese Anpassungsbedingungen werden nicht zur Debatte, habe ich bereits in meinem Bericht bewiesen, daß es Aufgabe des Verbandes ist, die Streitigkeiten der Gewerkschaften zu beipfeifen. Die Gewerkschafts-empfehle und die Generalkommission haben nicht eingegriffen in den Parteistreit. Dem gegenüber, die immer wieder erklären, daß sie

ihre politische Interessenvertretung in der Gruppe um Scheidemann, Coert, Legien und Genossen erblicken, müßten wir unsere gegenteilige Meinung vertreten. Den Standpunkt der Gegenparteien kennzeichnet klar ein Artikel von Wiffel in Nr. 19 der Metallarbeiter-Zeitung, wo es heißt: „Die Stellung zur privattypischen Wirtschaftsbewegung ist eine rein politische Angelegenheit, die mit der Gewerkschaftsarbeit nichts zu tun hat.“ Das bedeutet ein vollständiges Umlernen, eine Umkehr von dem grundsätzlichen proletarischen Klassenkampf mit dem Ziel der Befreiung der privattypischen Wirtschaftsbewegung, wie wir ihn vor dem Kriege geführt haben. Das Arm in Arm-Marschieren mit den Christlichen und Kirchengenossen vor der Reichsregierung usw. wären vor dem Kriege nicht möglich gewesen. Die Disziplin, auch die formale Disziplin, haben wir lange genug hochgehalten. Aber über der Disziplin stehen unsere Grundfragen, steht der politische Klassenkampf. Auch in der Eisenbahnerfrage hat die Generalkommission weitgehend in der Praxis den bisherigen gewerkschaftlichen Standpunkt aufgegeben, und das Gleiche trifft auf das Hilfsdienstgesetz zu. Wir haben nicht die Absicht, die Gewerkschaften in den Dienst der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu stellen, wir verlangen lediglich gleiches Recht. Die Mühe hier auf der Generalversammlung war auf den Ton gestimmt: Heraus mit der Opposition. Legien hat ja sogar noch versucht, den Verbandstag aufzumischen, indem er sagte: Steher brauchen, lieber Spaltung, als die Fernfahrer weiterarbeiten lassen! Wir sehen der Entscheidung mit voller Ruhe entgegen. Legien, der sich im Kriege bis jetzt als der treibende Keil der schlimmsten Scharfmacher in der Partei betätigt hat, wird seine Bemühungen ja auch in anderen Gewerkschaften wiederholen, ich hoffe aber, daß dort wie hier die Gewerkschaftsmitglieder manhaft und aufrecht zu ihrer Überzeugung stehen werden. Herr Graf, wollen Sie ein Länglein wagen, wir sind bereit. (Lebhafter Beifall bei der Opposition. Zuruf: Das nennt man sachlich!)

**Schlichte:** Wir auf dem Verbandstag haben nicht über Weltanschauungen zu diskutieren. (Sehr richtig!) Aber wir müssen uns gegen Ungehörigkeiten in der Agitationsweise wenden. In Gotha ist systematisch die Agitation betrieben worden, die in der Erklärung Kurth's geäußert wird. Darauf ist Dismann mit keinem Wort eingegangen, sondern hat eine Agitationsrede für die neue Partei gehalten. Nicht die Generalkommission hat den Streit eröffnet, sondern Mitglieder unseres Verbandes haben schon vor der Konferenz der Gewerkschaftsvertreter sich politische Vorträge halten lassen. Gewiß sind auf Vorstandskonferenzen einige Redner etwas weit gegangen, aber Legien und die Mehrheit haben sich streng im Rahmen der Gewerkschaftstätigkeit gehalten. Wir würden es uns höchstens verbitten, wenn die Partei in unsere Taktik hineinredet und wir müssen das gleiche Recht der Partei zugestehen. Das ist in Wannheim ausdrücklich gesagt worden. Es ist kein Verstoß gegen die Grundfrage der Partei, wenn wir das Hilfsdienstgesetz als kleineres Übel hingenommen haben. Die Politik des kleineren Übels ist stets von uns betätigt worden. Die Begrenzung der Profite ist beantragt worden, aber nicht zur Annahme gelangt. Im übrigen hat gerade die Arbeitsgemeinschaft gegen die Kriegsgewinnsteuer gestimmt. Also wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Wir haben im Kriege unseren Kampfcharakter nicht verleugnet. Wir müssen alle Agitationsmethoden verwerfen, die Betrug sind in unsere Reihen kämen. Gewiß hat die Gothaer Tagung der Unabhängigen zu den Gewerkschaften nicht direkt Stellung genommen. Aber unmittelbar nach Gotha sind Leute an die Gewerkschaften mit dem Verlangen herangekommen, es müssten Demonstrationen stattfinden usw. Bei der Flugblättern handelt es sich um eine systematische Arbeit. Freilich ist Dismann über diese verbandsschädigende Arbeit kühl hinweggegangen. Meine Bereitwilligkeit, in das Kriegsjahr einzutreten, habe ich abhängig gemacht von der Beibehaltung meiner Stellung im Verbande. Was Brandes über die Stellung des Direktors Sorge gesagt hat, so beruht der größere Einfluß von Sorge lediglich darauf, daß er eine größere wirtschaftliche Macht repräsentiert. Zur Annahme meines Amtes war ich im Interesse der Arbeiter und Angestellten verpflichtet. Ich werde das Amt so lange weiterbehalten, wie es mit meiner Stellung in der Organisation vereinbar ist. Was die Eisenbahnerfrage betrifft, so ist es richtiger, unter den jetzigen Verhältnissen zunächst mit einem Programm, das materielle Verbesserungen vorzieht, an die Arbeiter heranzutreten. Sind sie erst einmal vereinigt, dann werden sie auch den Wert des Koalitionsrechtes schätzen lernen. Ich verlange von unseren Mitgliedern keine weitere Disziplin als die Beachtung des Statuts und der Beschlüsse der Generalversammlung. Damit aber ist die Verbreitung der in Frage stehenden Flugblätter nicht vereinbar. Es war unsere Pflicht, davor zu warnen, zumal man Leute mit der Verbreitung beauftragt hat, die sich der Tragweite ihrer Handlung gar nicht bewußt sind. Die Erklärung von Dittmann können wir unmöglich annehmen. Ich glaube, sie war auch ebenso wie das Korreferat und das Schlußwort von Dismann nur darauf berechnet, daß unseren Mitgliedern gleichzeitig mit dem Protokoll eine Agitationschrift für die Unabhängige sozialdemokratische Partei zugehen soll. Daß wir den Klassenkampf in den Vordergrund stellen, ist ganz selbstverständlich, das haben die Gewerkschaften schon vorher getan und das werden sie auch in Zukunft tun. Ich bitte Sie um Annahme der Resolution Kurth. Wir wollen feststellen lassen, daß die Generalversammlung eine Störung des Verbandes nicht wünscht, daß sie die Störung verurteilt und daß sie die Arbeiter macht, sich daran zu beteiligen, im Interesse der Einheit und Stärke unseres Verbandes, im Interesse der Arbeiter. Hat der Verbandstag beschlossen, dann ist es unser aller Pflicht, in diesem Sinne zu wirken und alles zu vermeiden, was die Mißstimmung in den Arbeiterkreisen künstlich weiter schüren oder was dazu beitragen könnte, sie vor dem Unternehmertum zerpflegt erscheinen zu lassen. Wir wollen durch diese Generalversammlung und durch die Aussprache dazu beitragen, daß wir künftig ein geschlossenes Ganzes bilden und uns mit aller Macht und mit Unverbrüchlichkeit den Aufgaben widmen, die wir zu erfüllen verpflichtet sind. Als einziges Ganze wollen wir zusammenwirken im Interesse der gesamten Metallarbeiter und im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung. (Lebhafter Beifall.)

In namentlicher Abstimmung wurde sodann die Erklärung Kurth mit 64 gegen 53 Stimmen angenommen. Die Erklärung Dittmann wurde darauf in namentlicher Abstimmung mit 73 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Durch dieses Ergebnis war die Berliner Resolution und die übrigen Resolutionen, die sich mit der Haltung der Verbandsinstanzen zu der Kriegspolitik beschäftigen, erledigt.

**Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 8. Juli der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. Juli 1917 fällig ist.

**Der Vorstand.**

**Verbands-Anzeigen**

**Mitglieder-Versammlungen.**  
 Samstag, 7. Juli:  
 Reichsd. Deutscher Kaiser, 8 Uhr.  
 Dienstag, 10. Juli:  
 Bittenbege. B. u. G. 35, 8 Uhr.  
 Samstag, 14. Juli:  
 Friedrichshafen. Drei König, halbr.  
 Sonntag, 15. Juli:  
 Reich. Amelien, St. Vincenz-Stra. 19, 3.  
 Sonntag, 22. Juli:  
 Carlshaus. Goldener Adler, vorm. 7-10 Uhr. Die nächste Generalversammlung. Beiträge sind bis

zum 16. Juli bei der Ortsverwaltung einzureichen.

**Bekanntmachung.**

Das Verbandsbüro ist von Schloßstraße 8 nach Schloßstraße 10 a. Sinterhaus verlegt worden. Die Geschäftsstunden sind wie bisher von 10 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr. Zuschriften sind bis auf weiteres an Louis Schöner, in Köpenick angelegener, an Reinhold Schönerbach zu senden.

Druck und Verlag von Alexander Schille & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stenkart, Rötelfstraße 16 B.